

Geschäftsbericht 2015

Freie Arzt- und Medizinkasse
der Angehörigen der Berufsfeuerwehr und der Polizei VVaG

Inhaltsverzeichnis

Lagebericht

Jahresabschluss

- Bilanz
- Gewinn- und Verlustrechnung
- Anhang

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Bericht des Aufsichtsrates

Die im Folgenden dargestellten Zahlenangaben sind maschinell gerundet. Es können sich daher darstellungsbedingt Rundungsabweichungen ergeben.

Lagebericht

Grundlagen des Vereins

Geschäftsmodell des Vereins

Die Freie Arzt- und Medizinkasse der Angehörigen der Berufsfeuerwehr und der Polizei VVaG (FAMK) wurde im Jahre 1911 als Selbsthilfeeinrichtung der Beamten der Feuerwehr mit einem organisierten Ärzte- und Apothekernetz gegründet. Der in die Selbsthilfeeinrichtung einbezogene Personenkreis wurde im Jahr 1946 um die Polizeibeamten der städtischen Polizei und zu einem späteren Zeitpunkt noch um Beamte in verwandten Tätigkeitsfeldern erweitert. Die Ausrichtung der FAMK blieb über den Zeitraum von über 100 Jahren hinsichtlich Zielgruppen und Leistungsumfang weitgehend unverändert. Durch den gelebten Vereinsgedanken ist die FAMK in Hessen in der Zielgruppe der Beamten der Berufsfeuerwehren, der Polizei, der Justiz, des Strafvollzugs, der Steuerfahndung und der Gefahrenabwehrbehörden sowie in deren Verwaltungen stark verwurzelt. Die FAMK ist innerhalb dieser Zielgruppen der führende Krankenversicherer in Hessen.

Die FAMK bietet ihren Mitgliedern aus Hessen privaten Versicherungsschutz bei Erkrankungen und Unfällen in Verbindung mit einem einzigartigen Service hinsichtlich der Beihilfeberatung sowie der Beihilfeabwicklung samt Vorfinanzierung. Das Wachstum des Unternehmens ist aufgrund der satzungsmäßigen Beschränkung auf die Zielgruppen allerdings im hohen Maße abhängig vom Einstellungsverhalten der entsprechenden Dienstherrn. Die Einstellungszahlen waren in den letzten Jahren eher niedrig.

Tarifwerk

Die FAMK betreibt ausschließlich das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft für folgende Versicherungsart:

- Krankheitskostenvollversicherung

Seit dem 21.12.2012 werden im Neugeschäft nur noch Tarife mit geschlechtsunabhängig kalkulierten Beiträgen angeboten (Unisex-Tarife). Bis zum 20.12.2012 verwendete die FAMK bei der Kalkulation ihrer Tarife grundsätzlich unterschiedliche Rechnungsgrundlagen für Frauen und Männer.

Standort

Die FAMK hat ihren Sitz seit der Gründung des Vereins in Frankfurt am Main. Die Geschäftsräume befinden sich in der Hansaallee 154 in Frankfurt am Main unweit des Polizeipräsidiums und der Feuer- und Rettungswache 1 und beinhalten auch ein modernes Service- und Beratungszentrum, um den Mitgliedern optimalen Service anbieten zu können.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Gesamtwirtschaftliches Umfeld

Die Expansion der Weltwirtschaft hat sich abgeschwächt

Die Weltwirtschaft expandierte im Jahr 2015 verlangsamt, nachdem sie im zweiten Halbjahr 2014 etwas an Schwung gewonnen hatte. Hierin spiegelte sich auch der verhaltene Welthandel wider. Der Anstieg der Weltproduktion betrug etwa 3,1%.

Relativ kräftig zeigte sich die Konjunktur weiterhin in den USA. Im Euroraum war zwar eine moderat steigende Wirtschaftsleistung zu verzeichnen, die konjunkturelle Dynamik war allerdings immer noch gering und die Arbeitslosigkeit nach wie vor hoch. In den Schwellenländern expandierte die Weltwirtschaft zuletzt weiter schwach, es gab aber erste Anzeichen für eine Stabilisierung. Während sich in Russland und Brasilien die Rezession verschärfte, signalisierten zahlreiche Indikatoren für China eine markante Verlangsamung der Expansion.

Die erwarteten anregenden Effekte der niedrigen Ölpreise für die Weltkonjunktur waren bislang nicht sichtbar.

Die deutsche Wirtschaft ist weiter im Aufschwung

Die konjunkturelle Lage in Deutschland war im Jahr 2015 gekennzeichnet durch ein solides und stetiges Wirtschaftswachstum.

Das Bruttoinlandsprodukt war etwa um 1,7% höher als im Vorjahr. Das Wirtschaftswachstum lag damit wieder über dem Durchschnitt der letzten zehn Jahre von +1,3%.

Getragen wurde das Wachstum besonders vom Konsum und der Binnennachfrage. Die Konsumausgaben des Staates waren um 2,8% höher als im Vorjahr. Der private Konsum wuchs um 1,9%, bedingt durch erneute Kaufkraftgewinne aufgrund von Lohnsteigerungen bei niedriger Inflation und durch die stabile Beschäftigungsentwicklung. Erstmals gab es in 2015 in Deutschland mehr als 43 Millionen Erwerbstätige.

Die Exporte deutscher Unternehmen stiegen um 5,4%. Dagegen fiel der Anstieg der Unternehmensinvestitionen niedriger aus als im Vorjahr.

Der Staat konnte das zweite Jahr in Folge einen Überschuss erwirtschaften. Der Finanzierungsüberschuss des Staates betrug rund € 19,4 Mrd. Das ist absolut gesehen der höchste Überschuss, den der Staat seit der deutschen Wiedervereinigung erzielte.

Die Versicherungsbranche positioniert sich

Die deutsche Versicherungswirtschaft meisterte im Jahr 2015 die anhaltend schwierige Situation im Niedrigzinsumfeld erfolgreich und erzielte ein respektables Geschäftsergebnis. Die Branche blickt zurück auf den Abschluss richtungsweisender Reformgesetze: vom Aufsichtssystem über den Versicherungsvertrieb bis zur Produktwelt. Darüber hinaus stehen wichtige Themen und Trends wie Digitalisierung und Altersvorsorge im Fokus der Branche.

Lagebericht

Entwicklung der privaten Krankenversicherung

Das Jahr 2015 war ein gutes Jahr für die private Krankenversicherung (PKV). Im Rahmen ihres Reformprozess konnte die PKV zahlreiche positive Neuerungen erfolgreich umsetzen:

- Der Tarifwechsel-Leitfaden, der verdeutlicht, dass die Versicherten in der PKV in jeder Lebenslage echte Wahlfreiheiten haben, fand positive Resonanz in der Öffentlichkeit.
- Die konstruktiven Verhandlungen zwischen PKV und Bundesärztekammer über die Reform der Gebührenordnung wurden fortgesetzt.
- Die Stiftung Gesundheitswissen wurde gegründet; Ziel ist die Verbesserung der Versorgungsqualität aller Menschen in Deutschland durch eine Stärkung der Patientenkompetenz.
- Der PKV-Verband ging eine Selbstverpflichtung zur Förderung der ambulanten Hospizdienste ein und erhielt für sein Engagement einen Ehrenpreis des Deutschen Hospiz- und Palliativverbandes.

Während die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) durch aktuelle Gesetzesbeschlüsse und -vorhaben im Rahmen des Umbaus des Gesundheitswesens mit jährlich steigenden Mehrausgaben in Milliardenhöhe zu rechnen hat, war die PKV von gesetzlichen Regulierungen kaum betroffen; eine PKV-spezifische Neuregelung in 2015 war der vom Bundesfinanzministerium aufgegriffene Verordnungsentwurf, der vorsieht, dass Beitragsauswirkungen, die sich aus einer erforderlichen Anpassung des Rechnungszinses an das Niedrigzinsumfeld ergeben, über mehrere Jahre gestreckt werden können.

Die Beitragseinnahmen in der PKV stiegen in 2015 um 1,4%. Das Wachstum des Vollversicherungsbestandes wurde erneut durch Einflussfaktoren gedämpft wie das Rekordniveau der Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten, die demographische Entwicklung und die Abkehr der meisten PKV-Unternehmen vom Niedrigpreissegment. Außerdem motivierte die positive Situation auf dem Arbeitsmarkt viele privat versicherte Kleinselbstständige zu einem Wechsel in ein Arbeitnehmerverhältnis – und damit in die GKV. Die Beitragssteigerungen in der Vollversicherung aufgrund von Beitragsanpassungen fielen wie schon im Vorjahr moderat aus.

Ab dem Jahr 2015 standen Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen infolge des ersten Pflegestärkungsgesetzes (PSG I) deutlich mehr Geld und bessere Betreuungsmöglichkeiten zur Verfügung. Auch auf die Beiträge der Privatversicherten wirkte sich die Reform aus, denn die neuen Leistungen mussten in die Versicherungsbeiträge einkalkuliert werden. Im Durchschnitt erhöhten sich die Beiträge der Privaten Pflegepflichtversicherung um ca. 9% und damit weniger als in der Sozialen Pflegeversicherung (knapp 17%).

Darüber hinaus wurde in 2015 von der Bundesregierung der Entwurf des Zweiten Pflegestärkungsgesetzes (PSG II) vorgelegt. In diesem werden insbesondere die Erweiterung der Informationsrechte der PKV sichergestellt und ihr als Würdigung des Engagements für die Pflegequalität ein Sitz in einem Qualitätsausschuss eingeräumt. Dieser Qualitätsausschuss kommt gesetzlich und privat Versicherten gleichermaßen zugute.

Lagebericht

Geschäftsverlauf

Geschäftsergebnisse im Überblick

Das Geschäftsjahr verlief für die FAMK sehr zufriedenstellend. Auch im abgelaufenen Jahr konnte das Unternehmen die Position als bedeutender Krankenversicherer innerhalb der Zielgruppen in Hessen verteidigen.

Die gebuchten Bruttobeiträge stiegen von T€46.654 im Vorjahr um 6,3% auf T€49.607 an. Die Aufwendungen für Versicherungsfälle im Geschäftsjahr erhöhten sich von T€33.290 im Vorjahr um 3,8% auf T€34.570.

Die Kapitalanlagen trugen, wie in den Vorjahren, einen wichtigen Anteil zu dem Gesamtergebnis bei. So konnte nach den sehr guten Ergebnissen der Vorjahre das Kapitalanlageergebnis um 3,6% auf T€9.933 (Vorjahr T€9.589) nochmals verbessert werden.

Insgesamt konnte der Gesamtüberschuss von T€5.486 im Vorjahr um 37,3% auf T€7.533 gesteigert werden. Somit können im Geschäftsjahr erneut hohe Beträge der Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung zugunsten der Mitglieder zugeführt und das Eigenkapital des Unternehmens im Hinblick auf die europäischen Eigenmittelanforderungen nach „Solvency II“ aufgestockt werden. Der Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung wurden aus dem Gesamtüberschuss T€6.033 (Vorjahr T€4.486) zugeführt. Sie beläuft sich zum Bilanzstichtag auf T€20.023 (Vorjahr T€21.283). Das Eigenkapital des Unternehmens wurde um T€1.500 gestärkt und beträgt nun T€12.500 (Vorjahr T€11.000).

Der Vergleich der Aussagen im Prognosebericht des letztjährigen Geschäftsberichts mit den Geschäftsergebnissen 2015 zeigt folgendes Bild: Der prognostizierte leichte Bestandsrückgang ist eingetreten. Wie erwartet sind auch die Beitragseinnahmen aufgrund der Beitragsanpassungen für die Mitglieder gestiegen. Die Aufwendungen für Versicherungsfälle sind erwartungsgemäß nur leicht angestiegen. Die prognostizierte Verwaltungskostenquote von etwas über 3,00% wurde mit 3,56% deutlich überschritten. Die Nettoverzinsung der Kapitalanlagen lag mit 3,78% wie erwartet leicht unter dem Vorjahreswert. Der Gesamtüberschuss ist wie prognostiziert deutlich gestiegen.

Lagebericht

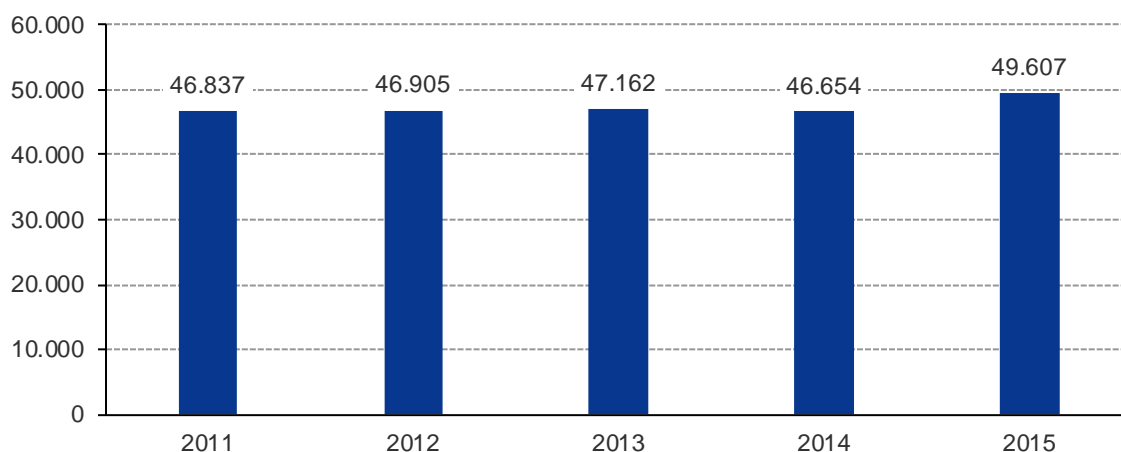
Beitragseinnahmen

Die gebuchten Bruttobeiträge erhöhten sich im Geschäftsjahr um T€2.953 bzw. 6,3% auf T€49.607 nach T€46.654 im Vorjahr. Dies resultiert im Wesentlichen aus Beitragsanpassungen.

Wie alle gesetzlichen Krankenkassen und privaten Krankenversicherungen ist auch die FAMK von der Nichtzahlerproblematik betroffen. Die zum 01.01.2009 eingeführte gesetzliche Versicherungspflicht führte im Ergebnis dazu, dass säumigen Beitragszahlern nicht mehr gekündigt werden kann. Die betroffenen Versicherungsverhältnisse waren seitdem vielmehr ruhend zu stellen und schließlich in den Basistarif umzustellen. Die wirtschaftlichen Belastungen für die diesen Versicherten gesetzlich zustehenden Notfallleistungen und die Beitragsausfälle waren von den Versicherern sowie der Gemeinschaft der übrigen Versicherungsnehmer zu tragen. Der Gesetzgeber hat reagiert und per 01.08.2013 den Notlagentarif eingeführt. Dieser sieht vor, dass Nichtzahler nach Abschluss des Mahnverfahrens in den Notlagentarif umgestellt werden. Der Notlagentarif regelt die Versorgung bei akuten Erkrankungen zu deutlich reduzierten Beiträgen. Trotz der Umstellung in den Notlagentarif konnte das neue Gesetz das Problem nicht lösen. Zum Bilanzstichtag waren 107 Versicherungsverhältnisse (Vorjahr 99 Versicherungsverhältnisse) als ständige Nichtzahler einzustufen. Die Wertberichtigung der Forderungen an diese ständigen Nichtzahler war im Jahr 2015 um T€3 (Vorjahr T€57) zu erhöhen.

Aus den Rückstellungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung wurden im Geschäftsjahr T€7.828 (Vorjahr T€3.179) entnommen und der Deckungsrückstellung zugeführt. Dieser Betrag wurde für Limitierungen von Beitragserhöhungen im Rahmen von Beitragsanpassungen verwendet.

Gebuchte Bruttobeiträge in T€



Lagebericht

Bestandsentwicklung

Die Entwicklung des Versichertenbestandes der FAMK im Geschäftsjahr zeigt ein sehr differenziertes Bild.

Insgesamt ergibt sich ein Rückgang des Versichertenbestandes auf 28.080 Personen (Vorjahr 28.409).

Jedoch setzte sich in der eigentlichen Zielgruppe der FAMK, den Beamten und Beamtenanwärtinnen, der positive Trend des Vorjahres auch im Geschäftsjahr fort. Der Bestand stieg leicht auf 17.239 Personen nach 17.204 Personen im Vorjahr.

Bei den Angehörigen war dagegen ein Rückgang von 6.162 Personen im Vorjahr auf 5.963 Personen zu verzeichnen. Dieser Rückgang ist insbesondere auf die Abgänge der mitversicherten Kinder zurückzuführen, die eine Ausbildung beginnen und, wenn sie nicht der Zielgruppe angehören, nicht mehr bei der FAMK versichert werden können.

In der Gruppe der Anwartschaften ging der Bestand von 5.043 Personen im Vorjahr auf 4.878 Personen zurück.

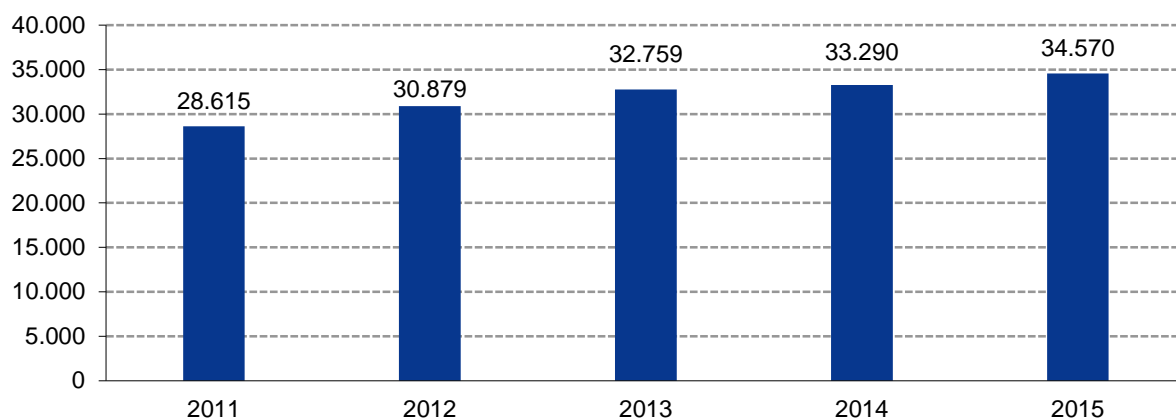
Lagebericht

Aufwendungen für Versicherungsfälle

Die Aufwendungen für Versicherungsfälle erhöhten sich im Geschäftsjahr um T€ 1.280 bzw. 3,8% auf T€ 34.570 nach T€ 33.290 im Vorjahr. Dem Anstieg liegen um 2,3% gestiegene Zahlungen für Versicherungsfälle zugrunde, denen eine im Geschäftsjahr vorzunehmende Auflösung der Schadenreserve um T€ 100 (Vorjahr T€ 600) gegenüberstand. Von den Zahlungen für Versicherungsfälle einschließlich Schadenregulierungsaufwendungen wurden T€ 27.319 (Vorjahr T€ 26.058) für Geschäftsjahresschäden und T€ 7.351 (Vorjahr T€ 7.832) für Vorjahreschäden getätigt.

Die Schadenquote betrug 77,3% (Vorjahr 81,7%). Diese Quote zeigt, in welchem Umfang die Beitragseinnahmen unmittelbar in Versicherungsleistungen und Alterungsrückstellungen fließen. Sie umfasst damit nicht nur die Aufwendungen für gegenwärtige Erstattungsleistungen, sondern auch die Zuführungen zu den Alterungsrückstellungen für das mit dem Alter wachsende Krankheitskostenrisiko.

Aufwendungen für Versicherungsfälle in T€



Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb

Die Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb umfassen die Abschluss- und die Verwaltungsaufwendungen.

Die Abschlussaufwendungen sind von T€ 684 im Vorjahr auf T€ 706 leicht angestiegen. Die Abschlusskostenquote betrug 1,42% (Vorjahr 1,47%).

Die Verwaltungsaufwendungen sind erneut von T€ 1.675 im Vorjahr auf T€ 1.768 gestiegen. Hierin spiegeln sich die tariflichen Anpassungen bei den Angestelltengehältern sowie allgemeine Kostensteigerungen wider. Die Verwaltungskostenquote reduzierte sich leicht auf 3,56% nach 3,59% im Vorjahr.

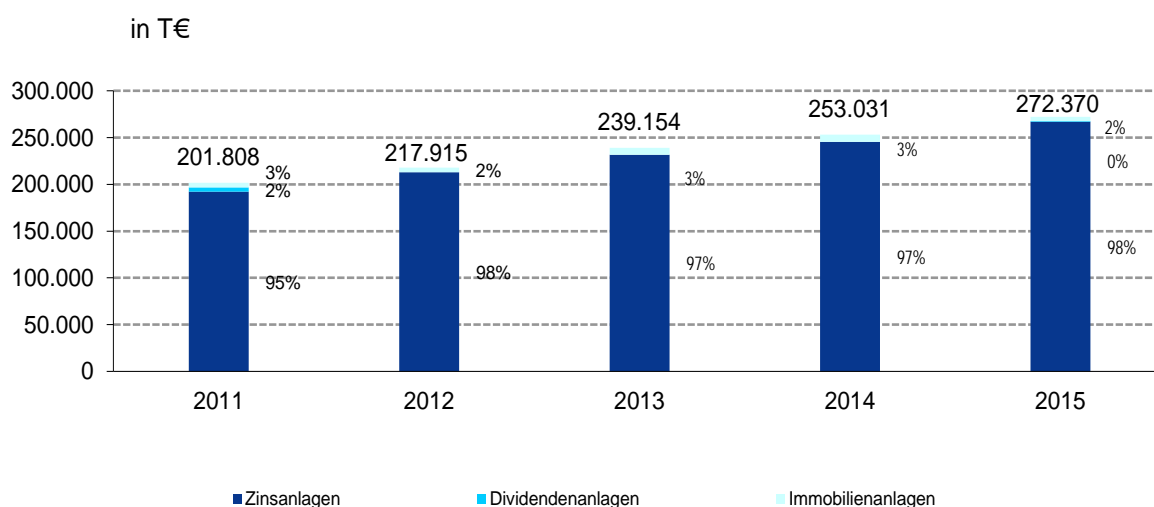
Lagebericht

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Kapitalanlagen

Die Kapitalanlagen erhöhten sich um 7,6% auf T€ 272.370 (Vorjahr T€ 253.031).

Entwicklung der Kapitalanlagen



Der Anteil der Immobilien-Spezialsondervermögen an den gesamten Kapitalanlagen ging durch Verkauf und Rückzahlungen von 3,0% auf 1,3% zurück. Erstmals zeichnete die FAMK im Geschäftsjahr Immobilien-Dachfonds mit einem Volumen von T€ 5.000, wovon in 2015 T€ 1.261 abgerufen wurden. Am Bilanzstichtag betrug der Buchwert T€ 1.225. Das entsprechende Volumen der Immobilienanlagen zum Geschäftsjahresende betrug T€ 4.869 (Vorjahr T€ 7.539).

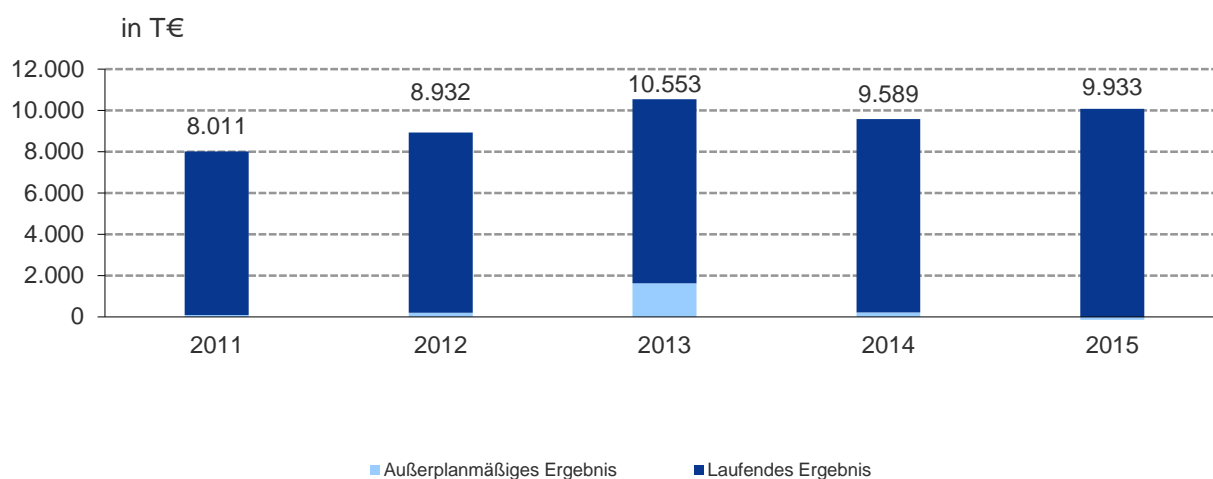
Zur weiteren Diversifikation der Kapitalanlagen zeichnete die FAMK im Geschäftsjahr auch Private Equity-Dachfonds mit einem Zeichnungsvolumen von T€ 15.000, wovon in 2015 T€ 577 abgerufen wurden. Am Bilanzstichtag betrug der Buchwert (unter Berücksichtigung von Kapitalrückzahlungen) T€ 492.

Wie im Vorjahr stand auch im Geschäftsjahr die Sicherheit der Anlagen im Vordergrund der Kapitalanlagestrategie. Neu- bzw. Wiederanlagen wurden schwerpunktmäßig in lang laufende gedeckte Zinsanlagen mit sehr guter Bonität getätigt. Zusätzlich konnte die Bonität dadurch verbessert werden, dass gezielt Anleihen mit eher schlechteren Bonitäten aus dem Bestand veräußert wurden. Allerdings hat die andauernde Staatsschuldenkrise in Europa, wie bereits in den Vorjahren, zu einem teilweise noch vorsichtigeren Vorgehen der Ratingagenturen geführt. Zahlreiche Ratingherabstufungen im Laufe des Jahres waren die Folge. Trotzdem liegt die durchschnittliche Rating-Qualität des Zinsanlagenbestandes mit AA- (gemäß Moody's) weiterhin auf einem sehr hohen Niveau. Der Anteil der direkt gehaltenen Zinsanlagen an den gesamten Kapitalanlagen stieg geringfügig von 97,0% auf 98,0%. Das Volumen der Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen betrug dabei T€ 112.104 (Vorjahr T€ 118.489), das

Lagebericht

Volumen der Inhaberschuldverschreibungen T€ 147.970 (Vorjahr T€ 122.431). Die Einlagen bei Kreditinstituten sind von T€ 4.572 im Vorjahr auf T€ 6.935 gestiegen.

Entwicklung des Kapitalanlageergebnisses



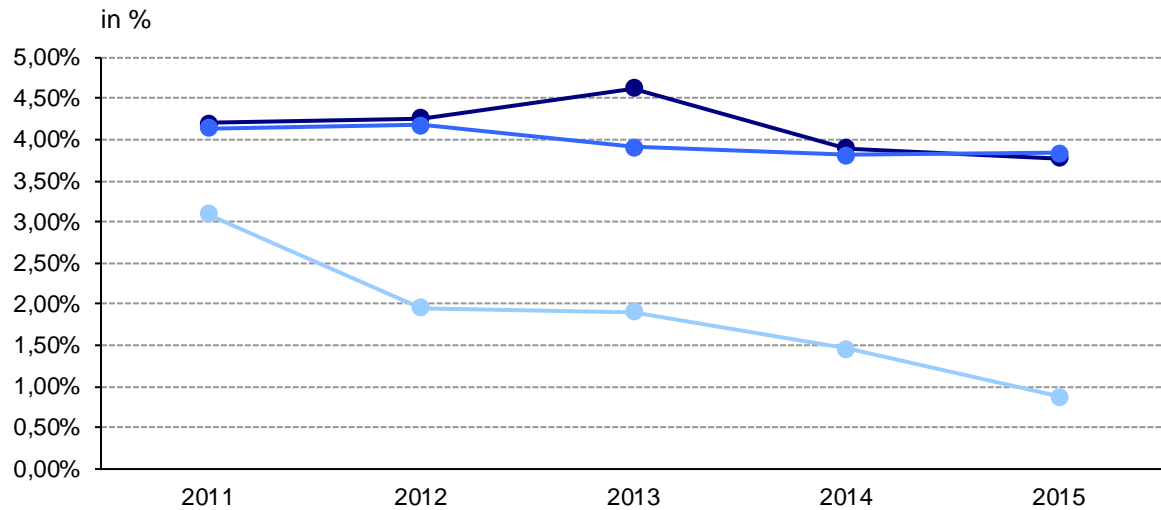
Das Nettoergebnis der Kapitalanlagen betrug T€ 9.933 nach T€ 9.589 im Vorjahr.

Kapitalanlageergebnis netto					
	2011	2012	2013	2014	2015
	T€	T€	T€	T€	T€
Laufende Erträge	7.986	8.838	9.039	9.480	10.308
Kosten für Vermögensverwaltung	-71	-97	-106	-108	-228
Laufendes Ergebnis	7.915	8.741	8.933	9.372	10.080
Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	216	191	1.620	217	418
Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	-158	0	0	0	-565
Erträge aus Zuschreibungen	39	0	0	0	0
Außerplanmäßige Abschreibungen auf Kapitalanlagen	0	0	0	0	0
Außerplanmäßiges Ergebnis	96	191	1.620	217	-147
Kapitalanlageergebnis netto	8.011	8.932	10.553	9.589	9.933

Im Jahr 2015 konnten laufende Erträge in Höhe von T€ 10.308 (Vorjahr T€ 9.480) erwirtschaftet werden. Die laufenden Aufwendungen betrugen T€ 228 (Vorjahr T€ 108). Das außerplanmäßige Ergebnis lag bei T€ -147 (Vorjahr T€ 217).

Lagebericht

Nettoverzinsung der Kapitalanlagen und Kapitalmarktzins

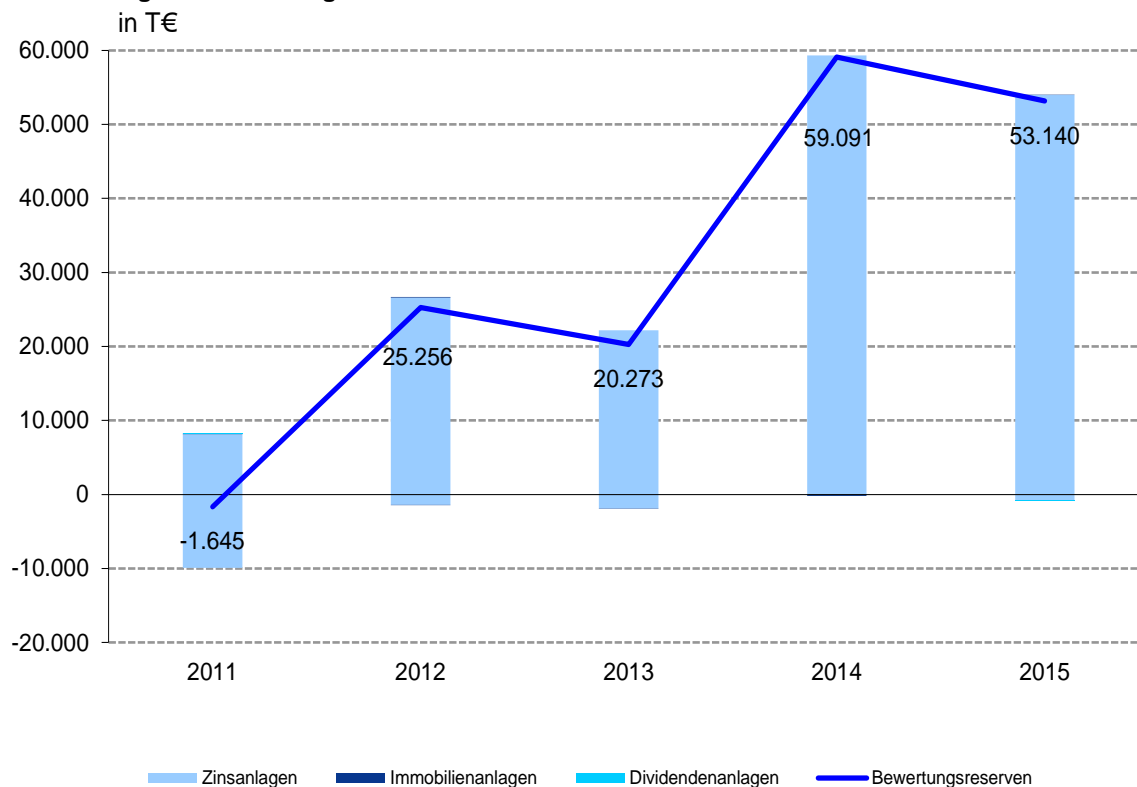


Nettoverzinsung der Kapitalanlagen und Kapitalmarktzins					
	2011	2012	2013	2014	2015
Nettoverzinsung	4,20%	4,26%	4,62%	3,90%	3,78%
lfd. Durchschnittsverzinsung	4,14%	4,17%	3,91%	3,81%	3,84%
Durchschnitt 10J.EUR-Swap	3,09%	1,96%	1,91%	1,46%	0,88%

Die laufende Durchschnittsverzinsung stieg auf 3,84% (Vorjahr 3,81%), die Nettoverzinsung dagegen fiel von 3,90% im Vorjahr auf 3,78%. Grund für den Rückgang der Nettoverzinsung ist das negative außerplanmäßige Kapitalanlageergebnis in Höhe von T€ 147.

Lagebericht

Entwicklung der Bewertungsreserven



Entwicklung der Bewertungsreserven					
	2011	2012	2013	2014	2015
	T€	T€	T€	T€	T€
Bewertungsreserven in T€	-1.645	25.256	20.273	59.091	53.140

Gegenüber dem Jahresende 2014 sind die kurzfristigen Zinsen gesunken, jedoch sind sie im längeren Laufzeitbereich gestiegen. Die Zinskurve wurde dadurch entsprechend steiler. Bei den Risiko-Spreads kam es im Geschäftsjahr zu einer uneinheitlichen Entwicklung. Die saldierten Bewertungsreserven der FAMK sind in diesem Umfeld von T€ 59.091 im Vorjahr auf T€ 53.140 zurückgegangen.

Eine detaillierte Gegenüberstellung der Buch- und Zeitwerte sowie der Entwicklung der Kapitalanlagen befindet sich im Anhang auf Seite 51.

Die Kapitalanlagen bedecken zu 96,2% (Vorjahr 95,8%) die versicherungstechnischen Rückstellungen. Zum Bilanzstichtag besteht eine Überdeckung des gebundenen Vermögens von 5,0% (Vorjahr 3,7%).

Lagebericht

Ergebnisquellen

Jede der Ergebnisquellen Kapitalanlagen, Risiko und Kosten hat einen positiven Beitrag zum Ergebnis geleistet. Wie im Vorjahr hat das Risikoergebnis das stärkste Gewicht und ist auch ohne Berücksichtigung des Sicherheitszuschlags positiv. Daneben hat das Kapitalanlageergebnis trotz der angespannten Lage an den Finanzmärkten einen wertvollen Beitrag zum Erfolg geliefert.

Überschussverwendung

Der Gesamtüberschuss betrug im Geschäftsjahr T€7.533 (Vorjahr T€5.486) und kommt vollständig den Mitgliedern der FAMK zugute. Die Überschussverwendung erfolgt sowohl durch die Zuführung von Mitteln zur Rückstellung für Beitragsrückerstattung zur späteren Limitierung notwendiger Beitragserhöhungen als auch durch die Zuführung zu den Rücklagen.

Der Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung wurden T€6.033 (Vorjahr T€4.486) und dem Eigenkapital T€1.500 (Vorjahr T€1.000) aus dem Gesamtüberschuss zugeführt. Die Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung beträgt am Bilanzstichtag T€20.023 (Vorjahr T€21.283).

Aus dem Ergebnis des Geschäftsjahres konnten den Mitgliedern der FAMK Mittel gemäß § 12a Abs. 2 und 3 VAG in Höhe von T€1.062 (Vorjahr T€772) gutgeschrieben bzw. für sie reserviert werden.

Eigenkapital

Nach der Zuführung von T€1.500 aus dem Gesamtüberschuss beträgt das Eigenkapital am 31.12.2015 T€12.500 (Vorjahr T€11.000). Das Eigenkapital setzt sich zusammen aus der Verlustrücklage gem. § 37 VAG in Höhe von T€4.600 (Vorjahr T€4.200) und den anderen Gewinnrücklagen von T€7.900 (Vorjahr T€6.800).

Damit konnte die sehr gute Eigenkapitalausstattung der FAMK im Hinblick auf die steigenden Eigenmittelanforderungen durch das europäische Aufsichtsregime Solvency II erneut gesteigert werden.

Das Eigenkapital dient der FAMK als sichere Basis für die laufende Geschäftstätigkeit und damit zur dauerhaften Erfüllung der Verpflichtungen aus den Versicherungsverträgen. Die Eigenkapitalquote gemäß dem Kennzahlenkatalog der privaten Krankenversicherungen beläuft sich am 31.12.2015 auf 25,2% (Vorjahr 23,6%) und liegt damit deutlich über dem Marktdurchschnitt. Die Eigenkapitalquote ist definiert als das Verhältnis Eigenkapital zu verdienten Bruttobeiträgen und ist ein Maßstab für die Solvabilität des Vereins. Ein hohes Eigenkapital versetzt das Unternehmen in die Lage, kurzfristige Verluste auszugleichen.

Lagebericht

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Die Personalarbeit richtet sich konsequent an den strategischen Zielen der FAMK aus. Insbesondere der Service für die Kunden soll permanent verbessert werden.

Dies können nur gut ausgebildete und engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leisten, die die Bedürfnisse des Kunden in den Mittelpunkt ihres Handelns stellen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tragen somit aktiv zum Unternehmenserfolg bei. Sie handeln freundlich, verbindlich, verständlich, kompetent, schnell und verstärken damit die Kundenbindung. Gerade für die FAMK mit ihrer stark regionalen und auf wenige Berufsgruppen fokussierten Mitgliederstruktur ist erlebbarer guter Service von besonderer Bedeutung.

Die Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern ist der FAMK wichtig. Das Angebot an zahlreichen Teilzeitmodellen trägt der Vereinbarkeit von Beruf und Familie Rechnung.

Zahlen und Fakten		
	2015	2014
Mitarbeiter (im Jahresdurchschnitt)	30	30
Anteil Frauen	74%	72%
Anteil Männer	26%	28%
Anteil Vollzeit im Innendienst	79%	79%
Anteil Akademiker	6%	7%
Alter (Durchschnitt in Jahren)	49,8	50,2
Betriebszugehörigkeit (Durchschnitt in Jahren)	17,4	16,3

Die Dauer der Betriebszugehörigkeit und die geringe Fluktuationsquote zeigen, dass sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im hohen Maße mit dem Verein identifizieren und ihn als attraktiven Arbeitgeber mit guten sozialen Leistungen wahrnehmen.

Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

An dieser Stelle dankt der Vorstand ausdrücklich allen Beschäftigten für ihren Einsatz im vergangenen Jahr.

Lagebericht

Nachtragsbericht

Über Ereignisse von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, ist nicht zu berichten.

Risikomanagement

Ziele des Risikomanagements

Die FAMK ist im Rahmen der normalen Geschäftstätigkeit laufend einer Vielzahl von Risiken ausgesetzt. Ziel des Vorstandes ist, diese Risiken durch eine aktive Risikosteuerung beherrschbar zu machen, um die nachhaltig positive Entwicklung der FAMK dauerhaft sicherzustellen.

Die FAMK und die INTER Krankenversicherung aG bilden einen faktischen Gleichordnungskonzern im Sinne des § 18 Abs. 2 AktG. Im Interesse der Verwaltungsvereinfachung bilden die Unternehmen eine Organisationsgemeinschaft, um zahlreiche Aufgaben gemeinschaftlich wahrzunehmen. Hierunter fallen auch die Aktivitäten zur Identifikation, Bewertung und dauerhaften Steuerung von Risiken. Vor diesem Hintergrund ist das Risikomanagement der FAMK stark mit dem für die INTER Versicherungsgruppe installierten und bewährten Risikomanagement vernetzt.

Das umfassende, durchgängige, effektive und flexible Risikomanagementsystem der FAMK erfüllt alle aufsichtsrechtlichen Anforderungen.

Das neue VAG, das das zum 01.01.2016 außer Kraft getretene bisherige VAG ersetzt hat (Artikel 1 des Gesetzes zur Modernisierung der Finanzaufsicht über Versicherungen vom 01.04.2015), dient der Umsetzung der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25.11.2009 (Solvency II-Rahmenrichtlinie) und berücksichtigt sowohl deren Vorgaben als auch nationale Regelungen, die teilweise aus dem VAG beibehalten oder neu bzw. geändert eingefügt wurden. Die im neuen VAG umgesetzten Bestimmungen zu Solvency II beinhalten auch die Anforderungen an das Risikomanagement. Das BaFin-Rundschreiben 3/2009 – Aufsichtsrechtliche Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk VA) – wurde zum 01.01.2016 aufgehoben.

Gemäß § 26 Abs. 1 VAG n.F. müssen Versicherungsunternehmen über ein wirksames Risikomanagementsystem verfügen, das in die Organisationsstruktur und die Entscheidungsprozesse des Unternehmens integriert ist. Das Risikomanagementsystem muss die Strategien, insbesondere eine auf die Steuerung des Unternehmens abgestimmte Risikostrategie, Prozesse und interne Meldeverfahren umfassen, die erforderlich sind, um Risiken, denen das Unternehmen ausgesetzt ist, zu identifizieren, zu bewerten, zu überwachen und zu steuern sowie aussagefähig über diese Risiken zu berichten.

Die FAMK verknüpft das Risiko- und das Unternehmenscontrolling und stellt die unmittelbare Verbindung zwischen Unternehmenssteuerung und Risikomanagement sicher. Das umfassende Planungs- und Controlling-System zur strategischen und zur operativen Steuerung der FAMK ist integraler Bestandteil des Governance-Systems.

Das Risikomanagementsystem der FAMK umfasst sowohl die Risikosteuerung und -überwachung als auch die regelmäßige Berichterstattung über die durchgeführten Aktivitäten und Vorsorgemaßnahmen zur Risikobeherrschung und deren Ergebnisse. Es ist sichergestellt,

Lagebericht

dass auch neue Risiken frühzeitig identifiziert, bewertet und in den bestehenden Steuerungskreislauf integriert werden.

Die kontinuierliche Weiterentwicklung der Methoden und Verfahren zur risikoorientierten Unternehmenssteuerung ist eine wichtige Voraussetzung dafür, dass die FAMK auch zukünftig die steigenden Herausforderungen eines sich immer schneller verändernden Marktes erfolgreich meistert und die Risiken aus ihren Geschäftsaktivitäten zielgerichtet steuert.

Organisatorischer Aufbau des Risikomanagements

Die Koordination aller Aktivitäten rund um Solvency II und insbesondere der Risikomanagementaktivitäten ist Aufgabe des Bereichs Unternehmensplanung / Risikomanagement.

Der Bereich Unternehmensplanung / Risikomanagement ist verantwortlich für die Unabhängige Risikocontrollingfunktion (URCF) der FAMK.

Die URCF analysiert in Zusammenarbeit mit den Fachbereichen regelmäßig die Gesamtrisikosituation der FAMK und stellt die unternehmensweite Abstimmung zu aktuellen Risikothemen sicher, ermittelt die Risikoeinschätzung nach Solvency II gemäß EIOPA-Standardmodell (Säule 1) und die Risikotragfähigkeit (Säule 2) und ist verantwortlich für das zukünftige Meldewesen (Säule 3) und für die Durchführung der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung (säulenübergreifend) (EIOPA: European Insurance and Occupational Pensions Authority – Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung).

Die umfassende laufende Berichterstattung zur Risikosituation der FAMK durch die URCF erfolgt an das Risikokomitee und den Vorstand, der den Aufsichtsrat sowie die Aufsichtsbehörde unterrichtet.

Durch zahlreiche Veranstaltungen und die Durchführung interner Weiterbildungsmaßnahmen rund um Solvency II fördert die URCF aktiv die laufende Weiterentwicklung der Risikokultur.

Die verantwortliche Person für die URCF leitet das vom Vorstand einberufene Risikokomitee. Das Risikokomitee ist Mittelpunkt der zentralen Risikomanagement-Organisation der FAMK. Ebenfalls Bestandteil der zentralen Risikomanagement-Organisation ist das Anlage-Komitee, das wesentliche und zentrale Element der Kapitalanlagesteuerung.

Risikokomitee-Mitglieder sind Fach- und Führungskräfte aus Bereichen mit Aufgabenschwerpunkten in der Risikosteuerung, die Verantwortliche Aktuarin und die verantwortlichen Personen für die vier Schlüsselfunktionen des Governance-Systems unter Solvency II: Compliance-Funktion, Interne Revision, URCF und versicherungsmathematische Funktion. Die Interne Revision hat im Risikokomitee eine beratende Rolle.

Im Risikokomitee erfolgt die regelmäßige Bewertung und Beratung der Risikosituation der FAMK, die Entwicklung von Maßnahmen zur Steuerung der Risikosituation, die Empfehlung von Maßnahmen an den Vorstand und nach Entscheidung das laufende Umsetzungscontrolling sowie die regelmäßige Kommunikation zwischen dem Vorstand und den vier Schlüsselfunktionen des Governance-Systems.

Lagebericht

Der Vorstand ist insbesondere verantwortlich für die Festlegung der Geschäftsstrategie und der daraus abgeleiteten Risikostrategie, gibt die Risikotoleranz der FAMK vor, überwacht die Einhaltung der Risikotragfähigkeit und das Risikoprofil und entscheidet bei wesentlichen risikorelevanten Ad-hoc-Ereignissen. Außerdem verantwortet er die Einrichtung und Überwachung eines wirksamen Internen Kontrollsystems und legt Leitlinien für das Governance-System, das Risikomanagement und die unternehmenseigene Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung (Own Risk and Solvency Assessment, kurz: ORSA) fest.

Zusätzlich zur zentralen Risikomanagement-Organisation verfügt die FAMK über eine dezentrale Risikomanagement-Organisation mit dezentralen Risikobeauftragten (DRB) und bereichsübergreifenden Arbeitskreisen zu den Themen Planung, Steuerung und Risikobewertung.

Mit Hilfe der DRB aus den Fachbereichen findet das spezifische Fachwissen der operativ tätigen Bereiche Eingang in das Risikomanagement. Neben der regelmäßigen Identifikation und Bewertung der Einzelrisiken beobachten die DRB laufend die Risiken in ihren Bereichen. Über die regulären Risikomeldungen hinaus nutzen die DRB bei Vorliegen bedenklicher Entwicklungen in den Fachbereichen die Möglichkeit der außerordentlichen Berichterstattung an die URCF, den Vorstand und ggf. die ebenfalls betroffene Schlüsselfunktion.

Die Interne Revision ist aufgrund ihrer allgemeinen Aufgabenstellung und ihrer prozessunabhängigen Position zuständig für die unternehmensinterne Überwachung der Funktionsfähigkeit des Risikomanagementsystems. Sie prüft das Risikomanagement und leistet Beiträge zur Verbesserung der bestehenden Risiko- und Kontrollsysteme.

Risikostrategie

Aus den vom Vorstand verabschiedeten geschäftspolitischen Zielen wird die Risikostrategie abgeleitet, die sich an der vorhandenen Kapital- und Liquiditätsausstattung sowie der vom Vorstand gerade noch akzeptierten Ertragsvolatilität der FAMK orientiert. Mit dem Ziel der jederzeitigen Erfüllung interner und externer Ansprüche wurden vom Vorstand für die FAMK mehrere Zielgrößen festgelegt, die zur risikoorientierten Steuerung im jeweiligen Berichtszeitraum und zur Sicherstellung der Risikotragfähigkeit eingesetzt werden. Die Einhaltung der Zielgrößen wird laufend im Risikokomitee und im Anlage-Komitee überwacht.

Prozessschritte im Risikomanagement

Die URCF initiiert und koordiniert die regelmäßige Pflege und Aktualisierung der Risikokataloge. Die nachfolgend beschriebene Risikoinventur durch die DRB erfolgt in enger Abstimmung mit den Bereichsleitern, die für die Freigabe der Risiken in der FAMK Risikomanagement-Software (FRS) verantwortlich sind.

Lagebericht

Risikoidentifikation

Bei der FAMK werden Risiken im Rahmen einer halbjährlichen Risikoinventur identifiziert. Die Identifikation der Risiken erfolgt durch die DRB in den Fachbereichen. Die Risiken werden für alle relevanten Managementprozesse nach Risikoarten sortiert und über die FRS nach einheitlichen Kriterien abgebildet. In der FRS werden Risikobezugsgrößen definiert sowie interne und externe Risikoursachen dargestellt.

Risikobewertung

Alle identifizierten Risiken werden von den DRB anhand unterschiedlicher Instrumente wie Markt-, Wettbewerbs- und Umfeldanalysen quantitativ bewertet. Risiken, die sich nicht auf Basis von langjährigen Zahlenreihen und statistischen Entwicklungen messen lassen, insbesondere operationelle Risiken, werden mittels Expertenschätzung beurteilt.

Jedes Einzelrisiko wird in eine Matrix aus Eintrittswahrscheinlichkeit und Auswirkungshöhe eingruppiert. Das Produkt aus den beiden vorgenannten Einzelbewertungen ergibt den Erwartungswert des Risikos. Für die Klassifizierung der Risiken legt die FAMK hinsichtlich der Relevanz Wesentlichkeitsschwellen fest. Hierdurch werden Risiken herausgefiltert, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage nachhaltig schädigen können und deshalb erhöhter Managementaufmerksamkeit bedürfen.

Risikosteuerung und -überwachung

Ebenso wichtig wie die Erkennung und Bewertung von Risiken sind klare Richtlinien und Vorgaben für geeignete Gegenmaßnahmen. Die Risikosteuerung und die laufende Risikoüberwachung erfolgen in der FAMK sowohl zentral als dezentral. Den Vorgaben der URCF entsprechend sind die DRB für die Analyse und Steuerung der Risiken in den operativen Geschäftsbereichen zuständig. Als Instrument zur Abbildung und zur Umsetzungsüberwachung von verabschiedeten Maßnahmen nutzen die DRB ebenfalls die FRS, die auch das Hinterlegen entsprechender Risikokennzahlen und Limite vorsieht.

Ad-hoc-Risikomeldungen

In eilbedürftigen Fällen berichten die DRB ad hoc über neue Risiken.

Risikotragfähigkeit im risikoorientierten Steuerungssystem

Die Summe der Erwartungswerte für den Eintritt der in der FRS erfassten Risiken definiert das Risikopotential im risikoorientierten Steuerungssystem. Die Auslastung der vom Vorstand festgelegten diesbezüglichen Risikolimite wird laufend im Risikokomitee und Anlage-Komitee überwacht.

Berichterstattung im Rahmen der Risikoberichte

Die halbjährlich durch die URCF erstellten Risikoberichte schaffen für das Management Transparenz über die aktuelle Risikolage. Die Risikoberichterstattung erfolgt durch die URCF an den Vorstand und danach durch diesen an den Aufsichtsrat, die BaFin sowie die Führungskräfte der

Lagebericht

ersten Ebene. Bei signifikanten Veränderungen der Risikosituation sowie bei besonderen Schadenfällen ist eine sofortige Meldung an den Vorstand sichergestellt. Hierdurch ist gewährleistet, dass negative Entwicklungen frühzeitig bekannt und schnell Gegenmaßnahmen in die Wege geleitet werden. Mit Inkrafttreten des neuen VAG entfällt zum 01.01.2016 die Erstellung und Einreichung der Risikoberichte bei der BaFin.

Versicherungstechnische Risiken

Im Zusammenhang mit den versicherungstechnischen Risiken sind die Beitragskalkulation und die Risikovorsorge von zentraler Bedeutung.

Bei der FAMK werden die Beiträge mit vorsichtigen Rechnungsgrundlagen und den erforderlichen Sicherheiten kalkuliert, um die dauerhafte Erfüllbarkeit aller vertraglichen Verpflichtungen während der gesamten Versicherungsdauer sicherzustellen. Dabei werden für jeden Tarif zumindest jährlich die erforderlichen mit den kalkulierten Versicherungsleistungen verglichen und eine Überprüfung der angesetzten Sterbewahrscheinlichkeiten durchgeführt; für die Tarife nach Art der Lebensversicherung ist dies gemäß § 12b VAG gesetzlich vorgeschrieben. Bei einer nicht nur als vorübergehend anzusehenden Abweichung werden im Zuge der erforderlichen Nachkalkulation der Beiträge dann auch die übrigen unten aufgeführten Rechnungsgrundlagen überprüft und gegebenenfalls an die geänderten Verhältnisse angepasst. Sowohl die Verantwortliche Aktuarin als auch der unabhängige mathematische Treuhänder bestätigen unter Berücksichtigung von ausreichenden Sicherheiten die Angemessenheit sämtlicher für die Kalkulation herangezogener Rechnungsgrundlagen.

Darüber hinaus werden neue Tarife der FAMK durch den mathematischen Treuhänder geprüft und erst nach dessen Unbedenklichkeitserklärung eingeführt, um das Risiko einer gesetzlichen Haftung gemäß § 12b Abs. 2 VAG zu mindern.

Krankheitskostenrisiko

Das Risiko von Verlusten oder ungünstigen Veränderungen der Versicherungsleistungen, das aus der Veränderung der Höhe oder des Trends der Krankheitshäufigkeiten entsteht, wird als Krankheitskostenrisiko bezeichnet. Bei der Krankenversicherung ist außerdem das Risiko aus einer anders als erwartet verlaufenden Entwicklung der Ausgaben für medizinische Behandlungen zu berücksichtigen.

Die FAMK geht auch für die Zukunft von einer weiteren Verbesserung der medizinischen Behandlungsmöglichkeiten und einer damit einhergehenden Kosteninflation im Gesundheitswesen aus. Das Verhältnis der erforderlichen zu den kalkulierten Versicherungsleistungen wird deshalb jährlich überprüft. Für das Neugeschäft und für Vertragsänderungen bestehen Annahmerichtlinien, um risikogerechte Beiträge sicherzustellen.

Sterblichkeitsrisiko

Das Sterblichkeitsrisiko ist das Risiko, früher als in den kalkulatorisch zugrunde gelegten Annahmen zu sterben.

Lagebericht

Die Sterblichkeitsentwicklung in der privaten Krankenversicherung wird vom PKV-Verband fortlaufend systematisch überwacht. Veränderungen bei der Sterblichkeit führen zeitnah zu einer neuen PKV-Sterbetafel, die von der Aufsichtsbehörde veröffentlicht wird. Die FAMK verwendet bei jeder Neu- und Nachkalkulation (Beitragsanpassung) die jeweils aktuellste Fassung der jährlich veröffentlichten PKV-Sterbetafel.

Stornorisiko

Das Stornorisiko ist das Risiko von Verlusten oder Veränderungen der Verpflichtungen infolge einer Veränderung der Stornowahrscheinlichkeiten bzw. des Stornoverhaltens.

Die von der FAMK im Rahmen der Kalkulation verwendeten Stornotafeln werden jährlich einer Überprüfung unterzogen und, falls notwendig, dem veränderten Stornoverhalten angepasst. Für Verträge in der Krankheitskostenvollversicherung, die ab dem 01.01.2009 abgeschlossen wurden, gilt, dass beim Wechsel eines Versicherten zu einem anderen Krankenversicherungsunternehmen der Teil der Alterungsrückstellung, der dem Leistungsumfang des sog. "Basistarifs" entspricht, an das andere Unternehmen übertragen wird. Durch die Mitgabe des Übertragungswertes wird nur noch ein geringer Teil der kalkulatorischen Alterungsrückstellung an das verbleibende Kollektiv vererbt. Die FAMK verwendet zur Finanzierung des Übertragungswertes ein Berechnungsverfahren, in dem unter Berücksichtigung der veränderten Vererbung die kalkulatorischen Stornowahrscheinlichkeiten entsprechend abgesenkt werden. Für Tarife, die nicht von der Mitgabe des Übertragungswertes betroffen sind, wurde die Angemessenheit der verwendeten Stornotafeln überprüft.

Rechnungszinsrisiko

Das Rechnungszinsrisiko besteht darin, dass das Nettoergebnis aus Kapitalanlagen nicht ausreicht, um die kalkulatorisch unterstellte Verzinsung zu erwirtschaften.

Der Höchstrechnungszins in der privaten Krankenversicherung für die Beitragsberechnung und die Berechnung der Alterungsrückstellung liegt gemäß Versicherungsaufsichtsgesetz und Kalkulationsverordnung bei 3,5% und wurde bei der Kalkulation der geschlechtsabhängig kalkulierten Tarife (Bisex-Tarife) langjährig verwendet. Aufgrund der weiterhin anhaltenden Niedrigzinsphase wird es zunehmend schwieriger, eine Verzinsung der Kapitalanlagen in Höhe des bisher einkalkulierten Rechnungszinses zu erzielen. Die Prüfung, ob der Ansatz des Rechnungszinses angemessene Sicherheiten enthält, erfolgt einmal jährlich im Rahmen der Beitragsanpassung durch die Verantwortliche Aktuarin mit anschließender Zustimmung durch den unabhängigen mathematischen Treuhänder. Der Rechnungszins wird dabei mittels des Verfahrens zur Ermittlung des aktuariellen Unternehmenszinses (AUZ) überprüft. Das AUZ-Verfahren wurde von der Deutschen Aktuarvereinigung e.V. in Abstimmung mit der Aufsichtsbehörde zum Nachweis eines ausreichenden unternehmensindividuellen Rechnungszinses entwickelt. Für die kommenden Jahre ist für die Bisex-Tarife von einem kontinuierlichen, moderaten Absenkungsbedarf auszugehen. Für die geschlechtsunabhängig kalkulierten Tarife (Unisex-Tarife) wurde bereits bei Tarifeinführung ein Rechnungszins deutlich unter 3,5% angesetzt. Ein Absenkungsbedarf darüber hinaus ist zurzeit nicht erkennbar.

Lagebericht

Die über den Rechnungszins hinaus erwirtschafteten Kapitalanlagerenditen werden fast vollständig zur Beitragsermäßigung im Alter verwendet.

Kostenrisiko

Das Kostenrisiko ist das Risiko, das aus einer anders als erwartet verlaufenden Entwicklung des Kostenergebnisses resultiert.

Die Entwicklung der Kosten wird quartalsweise überprüft. Veränderungen werden sukzessive im Rahmen von Beitragsanpassungen in der Beitragskalkulation berücksichtigt.

Risiko Geschlechterzusammensetzung bei geschlechtsunabhängig kalkulierten Tarifen

Bei den Unisex-Tarifen werden für Männer und Frauen einheitliche Beiträge erhoben. Dadurch kann es zu einer Abweichung der tatsächlichen von der kalkulatorisch angesetzten Geschlechterzusammensetzung kommen. Bei der Ermittlung der Geschlechterzusammensetzung sind auch Tarifwechsel von den Bisex-Tarifen in die neuen Unisex-Tarife angemessen zu berücksichtigen, die zu Änderungen des jeweiligen Geschlechteranteils führen können.

Die FAMK simuliert mögliche Tarifwechselbewegungen und legt auf dieser Grundlage die kalkulatorische Geschlechterzusammensetzung mit angemessenen Sicherheiten fest.

Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft

Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft in Höhe von € 18,4 Mio. bestehen an Versicherungsnehmer und Abrechnungsstellen (Beihilfeforderungen). Zur Risikovorsorge wurden diese Forderungen mit 3,4% wertberichtigt.

Risiken aus Kapitalanlagen

Bei der FAMK, die für ihre Mitglieder die langfristige Absicherung von individuell nicht finanzierbaren Risiken übernimmt, ist Sicherheit das Kernelement der Risikostrategie. Dies stellt hohe Ansprüche an die Finanzkraft der FAMK und damit insbesondere an das Management der Kapitalanlagen.

Die interne Kapitalanlagerichtlinie gibt den Rahmen des Kapitalanlagemanagements vor. Sie beschreibt den Investmentprozess, die risikobegrenzenden Limite, die über die aufsichtsrechtlichen Anforderungen hinaus gehen, und die Organisationsstruktur. Die grundsätzliche Ausrichtung der Kapitalanlagen ist entsprechend der Unternehmensleitlinie auf Sicherheit abgestellt. Unter dieser Vorgabe zielt sie auf eine möglichst hohe Rentabilität ab, die bei jederzeit ausreichender Liquidität und angemessener Diversifikation erreicht werden soll.

Die Entwicklung der Kapitalanlagen wird kontinuierlich von mehreren Bereichen überwacht:

- Das Risikokomitee prüft die Auswirkungen von Kapitalanlageentscheidungen auf die Risikolage des Unternehmens.
- Die Unternehmensplanung hat die Erreichbarkeit der Unternehmensziele unter Berücksichtigung der Kapitalanlageergebnisse im Fokus.

Lagebericht

- Das Anlage-Komitee berät über die Ertrags- und Risikosituation des Unternehmens und trifft allgemeingültige Anlageentscheidungen. Dabei wird die Wechselwirkung zwischen Kapitalanlage und Versicherungstechnik berücksichtigt, um die optimale Ausrichtung der Kapitalanlagestruktur zu gewährleisten.
- Das Kapitalanlagecontrolling überwacht die Umsetzung der strategischen Vorgaben für Kapitalanlagen und achtet auf die Einhaltung der risikobegrenzenden internen Anlagelimiten. Zusätzlich wird die Entwicklung des Portfolios laufend analysiert und darüber berichtet.

Die konsequente Umsetzung der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Vorschriften wird durch ein qualifiziertes Kapitalanlagemanagement, eine perspektivische Kapitalanlagepolitik und organisatorische Maßnahmen, wie die klare Trennung von Portfoliomanagement, Abwicklung und Risikocontrolling, sichergestellt. Derivative Finanzinstrumente und strukturierte Produkte werden strikt nach den dafür geltenden besonderen Bestimmungen behandelt und stehen unter ständiger Beobachtung. Sie werden zur Absicherung von Marktpreisrisiken und in Einzelfällen zur Ertragsvermehrung eingesetzt.

Investmentprozess

Der Investmentprozess ist ganzheitlich mit der Unternehmenssteuerung verknüpft. Die Kapitalanlageplanung ist in die Unternehmensplanung integriert, das Kapitalanlagecontrolling ist in die laufenden Risikomanagementverfahren eingebunden und mittels Asset-Liability-Auswertungen wird die zukünftige Unternehmensentwicklung überwacht.

Der Investmentprozess beginnt mit einer klaren Zielsetzung, die sich je nach Risikosituation des Unternehmens und je nach Einschätzung der Kapitalmärkte in einem Zielfortfolio widerspiegelt. Im Rahmen der Kapitalanlageplanung wird die Anlagestrategie für die kommenden Jahre erarbeitet, die zur angestrebten Struktur des Kapitalanlagebestandes führt und die gewünschten Ergebnisse erreichen kann. Die Umsetzung der Anlagestrategie in konkrete Transaktionen wird im Anlage-Komitee unter Teilnahme des Vorstandes, der Verantwortlichen Aktuarin, Vertretern des Kapitalanlagecontrollings, des Risikokomitees und des Asset-Managements entschieden. Die beschlossenen Transaktionen werden vorschriftgemäß durchgeführt und strikt überwacht. Das empfängerorientierte Kapitalanlagereporting berichtet zeitnah über die Entwicklung der einzelnen Risikopotenziale und stellt mittels Szenariorechnungen die zukünftigen Kapitalanlageergebnisse dar.

Grundlagen dieses Prozesses sind eine klare Organisationsstruktur und die systemtechnische Ausstattung, die speziell auf die Verwaltung von Kapitalanlagen bei Versicherungsunternehmen ausgerichtet ist. Aufgrund der einheitlichen Datenbasis und einer zentralen Software für den Kapitalanlagebereich sind flexible Ad-hoc-Auswertungen jederzeit möglich.

Das FAMK Mehrwert-Modell führt das Risiko- und das Unternehmenscontrolling auf einer einheitlichen Datenbasis zusammen. Es wird unter anderem direkt von der Kapitalanlage-Software befüllt.

Lagebericht

Marktpreisrisiko

Das Marktpreisrisiko stellt die größte Risikoposition im Bereich der Kapitalanlagerisiken dar. Es ergibt sich aus möglichen negativen Zins- und Aktienkursänderungen sowie der Entwicklung weiterer preisbeeinflussender Faktoren, die sich auf den Zeitwert von Immobilien und Beteiligungen auswirken. Der größte Teil der Kapitalanlagen der FAMK entfällt mit 95,2% auf direkt gehaltene Ausleihungen und Inhaberschuldverschreibungen. Daher kommt der Entwicklung des Zinsniveaus eine erhebliche Bedeutung zu. Die folgenden Ergebnisse der Szenarien gemäß dem Deutschen Rechnungslegungsstandard (DRS 20) bestätigen dies:

Ergebnis Stresstest nach DRS 20		
	2015	2014
	T€	T€
Aktienkursveränderung	Marktwertveränderung aktienkurssensitiver Kapitalanlagen	
+ 20%	93	0
- 20%	-93	0
Zinsänderung	Marktwertveränderung zinssensitiver Kapitalanlagen	
+ 100 Basispunkte	-31.518	-28.856
- 100 Basispunkte	39.264	34.493

Das Wechselkursrisiko beschreibt die negativen Auswirkungen von Devisenkursänderungen. Der Anteil der Kapitalanlagen, der in Fremdwährung investiert ist, stieg im Geschäftsjahr auf 2,9% (Vorjahr 0,0%) an. Die folgende Tabelle weist die Auswirkung auf die Kapitalanlagen aus:

Wechselkursrisiko		
	2015	2014
	T€	T€
Währungskursveränderung	Marktwertveränderung Kapitalanlagen in Fremdwährung	
+ 10%	668	0
- 10%	-668	0

Wertverluste bei Zinsanlagen sind als vorübergehend zu betrachten, solange aufgrund der Bonität bei Endfälligkeit von einer Rückzahlung zum Nennwert auszugehen ist. Dies ist bei Zinsanlagen mit einem Rating von mindestens BBB der Fall.

Lagebericht

Bei den von der BaFin jährlich angeforderten Stresstests werden die Mindestanforderungen übertroffen, obwohl weder Wertsicherungskonzepte noch gegensteuernde Maßnahmen in den Berechnungen berücksichtigt werden.

Um die vorhandenen Risiken zu identifizieren und zu quantifizieren, werden regelmäßig Stresstests und Sensitivitätsanalysen durchgeführt. Auf Unternehmensebene wird im FAMK Mehrwertmodell die ökonomische Risikobetrachtung u.a. für die Kapitalanlagen durchgeführt. Die Berechnungsmethodik orientiert sich dabei an den Stressparametern und -korrelationen gemäß EIOPA-Standardformel zu Solvency II.

Bei einer Änderung des Kapitalmarktzinses entwickeln sich die Zeitwerte von zins sensitiven Aktiva und zinsforderndem Fremdkapital gegenläufig. Deshalb wird die Asset-Liability-Betrachtung verstärkt in den Fokus der Kapitalanlageentscheidungen gestellt.

Bonitätsrisiko

Ausfall- und Spreadrisiken bestehen zum einen in der Gefahr, dass ein Schuldner seinen Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommt, und zum anderen in der Gefahr einer schlechteren Bonitätseinstufung des Emittenten, was einen höheren Risikoabschlag bei der Bewertung zur Folge hat. Die Einschätzung der Kreditwürdigkeit eines Emittenten erfolgt mittels eines Ratings einer anerkannten externen Agentur. Ausgehend von dieser Beurteilung wird in einem stringenten internen Rating-Modell für jede Einzelanlage in Abhängigkeit ihres Ranges und ihrer Besicherung eine Ratingnote ermittelt. Die Aktualisierung der Ratings erfolgt kontinuierlich. Wegen der sicherheitsorientierten Anlagepolitik handelt es sich bei einem großen Teil der Zinsanlagen um Pfandbriefe bzw. durch Einlagensicherungseinrichtungen gedeckte Emissionen. Grundsätzlich wird durch die Festlegung von Mindestratings und strengen Limiten pro Anlageart, Emittent und Kontrahent eine Konzentration gleichartiger Risikofaktoren vermieden.

Lagebericht

Zinsanlagen nach Ratingklassen*		
	2015	2014
	%	%
	Anteil an den gesamten Zinsanlagen	
AAA	34,9	33,6
AA	41,4	39,7
A	13,5	21,7
BBB	6,8	4,8
BB	0,2	0,2
B oder schlechter	3,3	0,0
Durchschnittsrating (nach Moody's WARF)	AA-	AA
Durchschnittsrating (nach Solvency II)	A+	AA

* enthält direkte Anlagen in Anleihen, Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen

Zinsanlagen nach Anlageart*		
	2015	2014
	%	%
	Anteil an den gesamten Zinsanlagen	
Staatsanleihen/staatsgarantierte Anleihen	40,3	36,5
Pfandbriefe	54,9	57,1
Bankanleihen/-darlehen	4,6	6,2
Unternehmensanleihen/-darlehen	0,0	0,0
Nachrangsanleihen/-darlehen	0,2	0,2

* enthält direkte Anlagen in Anleihen, Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen

Lagebericht

Konzentrationsrisiko

Das Konzentrationsrisiko beschreibt die Gefahr von höheren Verlusten durch Zahlungsausfälle aufgrund besonders hoher Anlagevolumina bei einem Geschäftspartner. Zur Steuerung dieses Risikos wurden Obergrenzen für besicherte und unbesicherte Anlagen festgelegt, die deutlich enger gefasst sind als die aufsichtsrechtlichen Limite.

Darüber hinaus wird die Anlage pro Land in Abhängigkeit von der aktuellen Bonität und von der volkswirtschaftlichen Situation begrenzt. Die nachfolgende Tabelle zeigt, dass die FAMK überwiegend auf dem Heimatmarkt Deutschland und in den wirtschaftlich wichtigsten Ländern des EWR investiert.

Kapitalanlagen nach Land						
	Anteil Buchwert	Buchwert	Zinsanlagen			Sonstige
	an den Kapital-	in T€	Staatsrisiko	Pfandbriefe	Unbesichert	
	anlagen in %		in T€	in T€	in T€	in T€
Anteil Anlageklassen an Buchwert		100,0%	38,5%	52,4%	4,6%	4,5%
Deutschland	25,4%	69.079	12.500	41.500	4.500	10.579
Frankreich	16,1%	43.750	18.008	24.746	996	0
Belgien	11,7%	31.844	31.844	0	0	0
Niederlande	9,0%	24.587	21.100	3.487	0	0
Großbritannien	8,7%	23.783	0	23.783	0	0
Italien	6,7%	18.354	0	18.354	0	0
Spanien	6,5%	17.633	1.350	16.284	0	0
Österreich	5,3%	14.504	5.000	2.504	7.000	0
Luxemburg	3,8%	10.466	7.466	3.000	0	0
Tschechische Republik	2,7%	7.466	7.466	0	0	0
Dänemark	2,5%	6.676	0	6.676	0	0
Irland	0,9%	2.511	0	2.511	0	0
Schweiz	0,6%	1.717	0	0	0	1.717
Gesamtergebnis	100,0%	272.370	104.734	142.844	12.496	12.297

Unter besonderer Beobachtung stehen Anleihen von hochverschuldeten Staaten des Euroraums. Aufgrund der Einrichtung des europäischen Rettungsschirms wurden auf Anleihen betroffener Staaten im Anlagevermögen keine Wertberechtigungen vorgenommen.

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko beschreibt die Gefahr von Veräußerungsverlusten, die durch Veräußerungen bei unerwarteten Geschäftsentwicklungen vorgenommen werden müssen. Die jederzeitige Erfüllung der Zahlungsverpflichtungen wird durch eine aktive Laufzeiten-Steuerung der Zinsanlagen und durch die zentrale Überwachung sämtlicher Zahlungsströme des Unternehmens in der Liquiditätsplanung sichergestellt. Die Gewährleistung unerwarteter Zahlungsverpflichtungen wird durch die Einteilung der Kapitalanlagen in Fungibilitätsklassen und der daraus resultierenden Liquiditätsquoten überwacht.

Lagebericht

Operationelle Risiken

Das operationelle Risiko bezeichnet das Risiko von Verlusten aufgrund von unzulänglichen oder fehlgeschlagenen internen Prozessen oder aus mitarbeiter- und systembedingten oder externen Vorfällen. Die FAMK begegnet operationellen Risiken durch eine Vielzahl von Maßnahmen, beispielsweise mit Limitsystemen im Kapitalanlagebereich und für Leistungserstattungen, Zugriffsberechtigungen sowie umfassenden internen Kontrollen. Die wesentlichen Geschäftsprozesse und die Wirksamkeit der internen Kontrollsysteme werden regelmäßig durch die Interne Revision überprüft und bewertet.

Internes Kontrollsystem

Um die Identifikation, Erfassung und Bewertung der für das Interne Kontrollsystem (IKS) relevanten Risiken zu standardisieren und in die halbjährliche Risikoinventur zu integrieren, ist das IKS in die FRS integriert. Die DRB erfassen auch die bestehenden Kontrollen bzw. die geplanten Kontrollmaßnahmen in der FRS.

Compliance

Im ersten Quartal 2014 wurde die unternehmensweite Ersterfassung der Compliance-Risiken in der FRS durch die DRB fertig gestellt. Der Compliance-Beauftragte erhielt durch die URCF einen Zugriff auf alle von den Fachbereichen gemeldeten Compliance-Risiken. In einem ausführlichen Review analysierte der Compliance-Beauftragte die identifizierten Compliance-Risiken gemeinsam mit den Fachbereichen und stellte in einigen Bereichen weitere mögliche Compliance-Risiken fest; im Falle der Einschlägigkeit wurden diese in der FRS erfasst. Hierbei wurden insbesondere neue regulatorischen Bestimmungen wie Foreign Account Tax Compliance (FATCA) und Common Reporting Standard (CRS) identifiziert. Auch die Geldwäscheprävention wird beachtet. Seit 2015 stellt der Compliance-Beauftragte einmal im Jahr im Rahmen einer Veranstaltung mit den DRB das Thema Compliance-Risiken vor und gibt Hinweise zu ihrer Identifizierung und Erfassung, als Basis für die entsprechende jährliche detaillierte Validierung der Compliance-Risiken.

Anti-Fraud-Management

Zur Vermeidung von Risiken wie Diebstahl, Unterschlagung, Betrug und Geldwäsche baut die FAMK seit 2015 ein Anti-Fraud-Management-System auf. Fraudgefährdete Organisationseinheiten wurden im Rahmen von Betrugs-Gefährdungsanalysen durch die Interne Revision bezüglich Fraud-Risiken sensibilisiert. Für relevante Geschäftsprozesse wurden Kontrollen definiert, die der Abwehr von rechtswidrigen Handlungen dienen bzw. risikoreduzierend wirken sollen und durch die operativen Geschäftsbereiche zu überwachen sind. Die Fraud-Risiken werden ab 2015 ebenfalls in der FRS erfasst.

Lagebericht

Notfallpläne

Die FAMK hat Notfallvorsorgekonzepte für den Fall einer Pandemie bzw. den Nutzungsausfall von Gebäuden erstellt, da ein zügiger und organisierter Umgang mit Ereignissen, die zum Ausfall von wesentlichen Bereichen, Prozessen und Ressourcen führen können, notwendig ist, um größere Schäden zu vermeiden bzw. diesen vorzubeugen. Ziel hierbei ist es, die Geschäftstätigkeit während eines möglichen Ausfalls aufrechtzuerhalten und die vollständige Betriebsfähigkeit innerhalb einer tolerierbaren Zeitspanne wiederherzustellen.

Die Funktionsfähigkeit der IT-Systeme, auch nach einem Krisenfall, ist für die FAMK ein wichtiges operationelles Risiko. Für erkannte Einzelrisiken, z.B. das Risiko durch Datenverluste oder externe Angriffe auf die DV-Landschaft, wurden entsprechende Maßnahmen geschaffen, wie Backup-Systeme für Rechner und Datenbestände, Firewalls, Notfallplanungen, Zugangskontrollen und Berechtigungssysteme, die entweder den Eintritt des schädigenden Ereignisses verhindern oder die Folgen daraus beherrschbar machen.

IT-Sicherheit

Das oberste Ziel der IT-Sicherheit der FAMK besteht in der Erfüllung der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Vorgaben. Das IT-Sicherheitsmanagement der FAMK orientiert sich an den Standards gemäß ISO 27000.

Im Fokus der Aktivitäten rund um die IT-Sicherheit stehen der Schutz von Kundendaten und die Integrität der IT-Systeme. Hierzu werden insbesondere regelmäßig Sicherheitstests durchgeführt. Darüber hinaus tragen hausweite Awarenesskampagnen und Schulungen zur kontinuierlichen Stärkung des bewussten Umgangs mit allen Themen im Zusammenhang mit IT-Sicherheit bei.

Datenschutz

Im Bereich des Datenschutzes stand das Jahr 2015 ganz im Zeichen der Umsetzungsarbeiten, die im Zusammenhang mit dem Beitritt zum Code of Conduct erforderlich geworden sind. Insbesondere an den Themen "Löschen und Sperren von personenbezogenen Daten" und "Berechtigungsdocumentation" wurde intensiv gearbeitet. Daneben wurde auch das datenschutzrechtliche Alltagsgeschäft (Beantwortung von Kundenanfragen, Stellungnahmen zu internen Anfragen etc.) erledigt.

Meldepflichtige Datenpannen im Sinne des § 42a BDSG gab es im Geschäftsjahr nicht.

Personalplanung und -entwicklung

Um dem Risiko fachlich nicht ausreichend qualifizierter Mitarbeiter im Risikomanagementprozess entgegenzuwirken, informiert die URCF die dezentralen Risikobeauftragten quartalsweise über aktuelle Themen rund um Risikomanagement und Solvency II.

Dem Risiko personeller Engpässe wirkt die FAMK durch eine angemessene Personalausstattung entgegen, die mit Hilfe von quantitativen Personal- und Kapazitätsplanungen zur Sicherstellung der Funktionsfähigkeit in den einzelnen Organisationseinheiten erstellt wird.

Lagebericht

Mit einer kontinuierlichen Personalentwicklung, der Ausbildung von qualifizierten Nachwuchskräften sowie der flexiblen Arbeitszeitgestaltung und dem Angebot von zahlreichen Teilzeitmodellen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie vermindert die FAMK Risiken aufgrund der demographischen Entwicklung.

Fachliche Qualifikation und persönliche Zuverlässigkeit – fit & proper

Gemäß den Bestimmungen des Art. 42 der Solvency II-Rahmenrichtlinie hat die FAMK einen Prozess implementiert, um die Anforderungen an die fachliche Qualifikation und die persönliche Zuverlässigkeit von Personen, die das Unternehmen tatsächlich leiten oder andere Schlüsselaufgaben innehaben, sicherzustellen. Als Rahmenregelung dient dabei die interne Leitlinie zu fit & proper. Zudem wurde ein Standard zur fit & proper-Bewertung und zur laufenden Dokumentation der Fort- und Weiterbildung der betroffenen Personen erarbeitet.

Reputationsrisiko

Die FAMK begrenzt das Risiko der Ruf- und Imageschädigung des Unternehmens in der Öffentlichkeit, bei Kunden und Geschäftspartnern durch eine kontinuierliche Optimierung der Geschäftsprozesse und Qualifikation der Mitarbeiter. Dem Beschwerdemanagement wird ein sehr hoher Stellenwert beigemessen.

Mit der Einrichtung einer Beschwerdemanagementfunktion, die Beschwerden rechtlich korrekt und fair untersucht sowie mögliche Interessenkonflikte identifiziert und bestmöglich vermeidet oder managt, wurden die diesbezüglich seit dem 01.01.2014 geltenden aufsichtsrechtlichen Anforderungen rechtzeitig und vollständig erfüllt. Wesentliche Elemente sind die Bestimmung eines Vorstandsbeauftragten Beschwerdemanagement und mehrerer dezentraler Beschwerdekoordinatoren, der Erlass einer Zentralen Arbeitsanweisung zum Beschwerdemanagement sowie die Erfassung und Analyse des gesamten Beschwerdeaufkommens.

Der Vorstandsbeauftragte Beschwerdemanagement nimmt die - gemäß der aufsichtsrechtlichen Vorgaben zentral durchzuführende - fortlaufende Beschwerdeanalyse vor, um zu gewährleisten, dass wiederholt auftretende oder systematische Probleme sowie potentielle rechtliche oder operationelle Risiken festgestellt und behoben werden. Erstmals zum Stichtag 01.03.2015 erfolgte auf dieser Grundlage der jährlich an die BaFin zu erstattende Beschwerdebericht.

Die FAMK ist dem GDV-Verhaltenskodex für den Vertrieb im September 2013 beigetreten. Die für die Erfüllung des GDV-Verhaltenskodex notwendigen Prozesse sind eingerichtet und entsprechenden Maßnahmen umgesetzt. Die Beschreibung des Compliance Management Systems der FAMK (CMS) zum GDV Verhaltenskodex wurde erstellt und als Bestandteil der Zertifizierungsvoraussetzung dem Wirtschaftsprüfungsunternehmen vorgelegt. Das Ergebnis der Prüfung und die CMS-Beschreibung wurden am 29.04.2015 an den GDV übergeben und von diesem veröffentlicht. Die Risiken mit Bezug zum GDV-Verhaltenskodex sind in der FRS erfasst.

Lagebericht

Strategisches Risiko

Strategische Risiken entstehen, wenn die Geschäftsentscheidungen nicht mit den bestehenden und den künftigen Anforderungen der Mitglieder und Kunden, den Entwicklungen des Marktumfeldes oder den sonstigen wirtschaftlichen und aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen übereinstimmen. Zur Verminderung dieser Risiken findet mindestens einmal im Jahr eine Überprüfung der Geschäftsstrategie und der geschäftspolitischen Ziele statt. Außerdem wird ebenfalls mindestens jährlich die Vereinbarkeit der Risikostrategie mit der Geschäftsstrategie überprüft und die Risikostrategie bei Bedarf angepasst.

Risikotragfähigkeit und Bedeckung

Die aufsichtsrechtliche Risikotragfähigkeit unter Solvency I als Grad der Bedeckung der Solvabilitätsspanne durch Eigenmittel A wurde von der FAMK letztmalig per 31.12.2015 berechnet. Am Bilanzstichtag bestand eine deutliche Bedeckung der Solvabilitätsspanne von 420%.

Die versicherungstechnischen Passiva sind in ausreichendem Umfang durch qualifizierte Kapitalanlagen bedeckt.

Die Bedeckungssituation nach Solvency II wird regelmäßig ermittelt und im Rahmen der Berichterstattung nach Säule 3 kommuniziert.

Solvency II

Risikokapitalbedarf und Solvency Ratio

Zur Ermittlung des Risikokapitalbedarfs setzen die FAMK ein eigenes quantitatives Berechnungsmodell ein, das FAMK Mehrwert-Modell (FMM). Dieses ist ganzheitliche Basis für die Erstellung der Jahresabschlüsse nach Solvency II und die regelmäßigen Erwartungs- und Planungsrechnungen nach Buchwertsicht und nach Marktwertsicht gemäß EIOPA-Standardmodell sowie für den Risikomanagementprozess der FAMK. Die Berechnungen im FMM basieren auf dem inflationsneutralen Bewertungsverfahren.

ORSA-Durchführung

Die unternehmenseigene Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung (Own Risk and Solvency Assessment) gilt als zentrales Element von Solvency II. Gemäß § 27 VAG ist jedes Versicherungsunternehmen zur Durchführung des ORSA verpflichtet.

ORSA ist ein wichtiges Bindeglied zwischen der Unternehmenssteuerung und dem Risikomanagement und bildet ein Scharnier zwischen den drei Säulen von Solvency II. Als Instrument der Selbsteinschätzung ergänzt das ORSA die im Unternehmen bereits installierten Risikomanagementprozesse, mit denen die Risiken des Unternehmens identifiziert, bewertet, überwacht und gesteuert werden. Gleiches gilt für die Bestimmung des risikoadäquaten Kapitalbedarfs, den das Unternehmen mit Hilfe des EIOPA-Standardmodells ermittelt. Hier untersucht ORSA, inwieweit das Standardmodell die spezifischen Risiken des Unternehmens risikoadäquat abbil-

Lagebericht

det und ob das Unternehmen auch über den gesamten Planungshorizont hinweg ausreichende Eigenmittel bereitstellt, um die regulatorischen Solvabilitätsanforderungen über mehrere Jahre hinweg zu erfüllen.

Der regelmäßige ORSA-Prozess wird jährlich durchgeführt. Durch die zeitliche Synchronisierung des regelmäßigen ORSA und der Mehrjahresplanung ist die enge Verknüpfung von Risikomanagement und Unternehmenssteuerung sichergestellt.

Interne Berichterstattung

Die URCF berichtet mindestens vierteljährlich im Risikokomitee und an den Vorstand über die aktuelle Risikosituation. Bei signifikanten Veränderungen der Risikosituation und bei besonderen Schadenfällen ist die sofortige Berichterstattung an den Vorstand sichergestellt.

Die DRB unterrichten die URCF im Rahmen der vierteljährlichen Risikoinventur sowie gegebenenfalls ad hoc über die Entwicklung der Risiken der Fachbereiche. Der Informationstransfer über jeweils relevante Sachverhalte an die Interne Revision und die Compliance-Funktion ist sichergestellt, insbesondere durch einen entsprechenden Zugriff auf die FRS.

Berichterstattung an die Aufsicht

Die Prozesse im Zusammenhang mit dem qualitativen und dem quantitativen Berichtswesen in Säule 3 sind Bestandteile der Risikomanagementprozesse.

Die aufsichtliche Berichterstattung (Regular Supervisory Reporting (RSR)) unter Solvency II umfasst die folgenden Elemente:

- das einmalig per 01.01.2016 zu erstellende Day 1 Reporting mit quantitativen und qualitativen Bestandteilen,
- das jährlich zu erstellende quantitative Annual Solvency II Reporting, erstmalig per 31.12.2016,
- das vierteljährlich zu übermittelnde, quantitative Quarterly Solvency II Reporting, erstmalig per 31.03.2016,
- die regelmäßige qualitative Berichterstattung im Rahmen des RSR, erstmalig per 31.12.2016 und
- die Berichterstattung im Rahmen des ORSA.

Im Rahmen der Vorbereitung auf Solvency II wurden von der FAMK in 2015 an die BaFin die nachfolgend aufgeführten Berichte und Meldungen übermittelt:

- die erstmalig per 31.12.2014 erstellte Jahresmeldung mit quantitativen Elementen und einem RSR in der geforderten gekürzten Version,
- das erstmalig per 30.09.2015 erstellte Quarterly Solvency II Reporting und
- der ORSA-Bericht 2015 – nachdem bereits auch für 2014 ein ORSA-Bericht verfasst und an die BaFin versandt worden war.

Außerdem wurden der BaFin jeweils der per 31.03.2015 und der letztmalig per 30.09.2015 erstellte Risikobericht zur Verfügung gestellt.

Lagebericht

Berichterstattung an die Öffentlichkeit

Im Geschäftsbericht berichtet die FAMK, basierend auf dem internen Berichtswesen, über die versicherungstechnischen und die operationellen Risiken sowie über die Risiken aus Kapitalanlagen und die Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft.

Im Rahmen der Offenlegung wird unter Solvency II jährlich der Solvency and Financial Condition Report (SFCR) erstellt, erstmalig per 31.12.2016. Dieser beinhaltet wesentliche Informationen über die Solvabilitäts- und Finanzlage und wird auch an die Aufsicht übermittelt.

Berichterstattung an die Europäische Zentralbank

Die vierteljährlich für die FAMK zu erstellende, quantitative EZB-Statistik wird jeweils im Rahmen der Meldung des Quarterly Solvency II Reporting über die BaFin-Meldeplattform an die Bundesbank übermittelt, erstmalig per 31.03.2016.

Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

Das Risikomanagementsystem der FAMK beinhaltet neben der regelmäßigen Ermittlung und Steuerung der quantitativen Risikosituation auch die laufende Berichterstattung über die durchgeführten Aktivitäten und Vorsorgemaßnahmen zur Risikobeherrschung. Es ist sichergestellt, dass auch neue Risiken identifiziert, bewertet und in den bestehenden Steuerungskreislauf integriert werden. Plötzlich auftretende Risiken werden über das installierte Ad-hoc-Berichtsverfahren an den Vorstand gemeldet. Die Instrumente zur Risikosteuerung werden kontinuierlich verfeinert. Der Vorstand der FAMK hat zahlreiche Maßnahmen ergriffen, um die maßgeblichen Risiken zu steuern und einer negativen Entwicklung des Unternehmens entgegenzuwirken.

Der Bestand der FAMK und die Interessen ihrer Mitglieder waren zu keinem Zeitpunkt im Geschäftsjahr 2015 gefährdet.

Prognose- und Chancenbericht

Gesamtwirtschaftliches Umfeld

Das solide Wachstum der deutschen Wirtschaft in 2015 wird sich auch in 2016 fortsetzen. Die deutsche Wirtschaft ist, auch bei gedämpften weltwirtschaftlichen Perspektiven mit einem schwächeren Wachstum in China und in rohstoffreichen Schwellenländern, auf einem guten Weg.

Der Konsum bleibt in 2016 die Hauptstütze des deutschen Wirtschaftsaufschwungs. Günstige Ölpreise und der vergleichsweise schwache Euro wirken sich positiv auf den Export aus. Der sich fortsetzende Beschäftigungsaufbau bildet zusammen mit merklichen Einkommenssteigerungen das Fundament für die anhaltende binnenwirtschaftliche Dynamik in Deutschland. Die zusätzliche Beschäftigung entsteht wie auch in den vergangenen Jahren vor allem in den Dienstleistungsbereichen. Der für das Jahr 2016 erwartete Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von real 1,7% entspricht der Steigerung in 2015. Das Wirtschaftswachstum in Deutschland übertrifft damit voraussichtlich wiederum das durchschnittliche Wirtschaftswachstum im Euro-Raum.

Die positive Lohn- und Beschäftigungsentwicklung erhöht die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte, diese steigen im Jahr 2016 um etwa 2,9% (2015: 2,8%). Der nominale Konsum nimmt in ähnlicher Größenordnung zu. Damit setzt der private Konsum den wesentlichen Impuls für die Konjunktur in Deutschland. Die Sparquote sinkt den Prognosen zufolge leicht auf 9,6% (2015: 9,7%). Der staatliche Konsum steigt dagegen im Jahr 2016 deutlich auf 5,4% (2015: 4,5%).

Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt wird weiterhin günstig verlaufen. Die Arbeitslosenquote bleibt voraussichtlich konstant bei 6,4%.

Rechtliche Rahmenbedingungen

Solvency II

Das neue europäische Aufsichtsregime für die Versicherungswirtschaft, Solvency II, ist am 01.01.2016 vollständig in Kraft getreten.

Mit dem Inkrafttreten von Solvency II ist die am 01.01.2014 gestartete Vorbereitungsphase der BaFin abgeschlossen. Die BaFin begleitete die Unternehmen bei der Umsetzung der Anforderungen in den Vorbereitungsleitlinien im Rahmen eines strukturierten und dialogorientierten Verfahrens und führte Konsultationen mit dem GDV und den Versicherungsunternehmen sowie Sachstandsabfragen durch. Die Teilnahme an den Abfragen zum Umsetzungsstand war verbindlich.

Die FAMK nahm an allen Erhebungen und Studien der BaFin teil. Alle Aktivitäten zur Vorbereitung auf Solvency II wurden fristgerecht durchgeführt und erfolgreich abgeschlossen. Alle laufenden und zukünftigen Aktivitäten rund um Solvency II wurden in die Prozesse der FAMK integriert.

Lagebericht

Branchentrends

Die Branche der privaten Krankenversicherer erwartet mittelfristig eine Verbesserung der Wettbewerbssituation der PKV im Vergleich zur GKV. Diese Prognose stützt sich auf den für 2016 erwarteten signifikanten Anstieg des Höchstbeitrags in der GKV und die erwarteten moderaten Beitragsanpassungen im Bestand der PKV angesichts eines absehbaren Rekordniveaus bei den Rückstellungen für Beitragsrückerstattung. Von der gestärkten Wettbewerbsposition der PKV könnte auch der Nettoneuzugang in der Vollversicherung profitieren. Ebenfalls positiv auf den Bestand in der PKV könnte sich die allmähliche Verlangsamung der Wachstumsdynamik hinsichtlich der Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten auswirken, durch die sich der Wechselsaldo von der PKV zur GKV verringern würde. Dämpfend auf die Beitragsentwicklung könnte sich der in 2016 vollumfänglich in Kraft getretene Tarifwechsel-Leitfaden des PKV-Verbandes auswirken.

Insgesamt erwartet die PKV in 2016 ein Beitragswachstum auf Geschäftsjahresniveau.

Geschäftstendenzen

Neugeschäftsentwicklung

Die FAMK erwartet im Jahr 2016 einen Neuzugang geringfügig unter Geschäftsjahresniveau.

Bestandsentwicklung

Die FAMK rechnet im Jahr 2016 mit einem leichten Bestandsrückgang.

Beitragseinnahmen

Für das Jahr 2016 geht die FAMK von in geringem Umfang steigenden Beitragseinnahmen aus.

Aufwendungen für Versicherungsfälle

Im Jahr 2016 erwartet die FAMK leicht steigende Leistungsausgaben.

Verwaltungsaufwendungen

Die FAMK rechnet im Jahr 2016 mit einem Rückgang der Verwaltungskostenquote.

Kapitalanlagen

Auch im Jahr 2016 stellt das Kapitalanlagemanagement eine große Herausforderung dar. Es erfordert weiterhin ein umsichtiges und überwiegend risikovermeidendes Handeln. Die FAMK wird ihre sicherheitsorientierte Kapitalanlagestrategie konsequent fortsetzen und dabei zur Aufrechterhaltung einer angemessenen und nachhaltigen laufenden Verzinsung des Kapitalanlagebestandes wiederum schwerpunktmäßig in langlaufende gedeckte Zinsträger mit sehr guter Bonität investieren.

Außerdem wird der geplante Ausbau der Private Equity-Dachfonds und der Immobilien-Dachfonds zur Diversifikation der Kapitalanlagen beitragen.

Lagebericht

Trotz der auch für das Jahr 2016 prognostizierten hohen Volatilität an den Kapitalmärkten erwartet die FAMK eine Nettoverzinsung von etwas unter der des Jahres 2015.

Personal

Die Anzahl der Mitarbeiter bei der FAMK in der Direktion in Frankfurt am Main wird im Jahr 2016 auf dem Geschäftsjahresniveau bleiben.

Ergebnis

Die FAMK erwartet im Jahr 2016 erneut einen Gesamtüberschuss auf hohem Niveau, der zur weiteren Stärkung der erfolgsabhängigen Rückstellung für Beitragsrückerstattung und des Eigenkapitals verwendet werden soll.

Die tatsächlichen Entwicklungen und Ergebnisse können von den vorgenannten Planungen abweichen.

Lagebericht

Zusammenfassung

Die FAMK ist mit eigens auf den beihilfeberechtigten Kundenkreis zugeschnittenen Produkten und Serviceleistungen gut auf mögliche Herausforderungen vorbereitet, die sich durch branchenweite Entwicklungen ergeben können.

Im Fokus stehen für die FAMK auch zukünftig die persönliche Betreuung und die ganzheitliche Beratung ihrer Kunden vor Ort und die Nähe zu den Mitgliedern und deren Kollegen.

Die kontinuierlich guten Geschäftsergebnisse unterstreichen eindrucksvoll die nachhaltige Entwicklung der FAMK.

Frankfurt am Main, den 21.03.2016

Freie Arzt- und Medizinkasse
der Angehörigen der Berufsfeuerwehr und der Polizei VVaG
Der Vorstand

Kreibich

Schillinger

Jahresabschluss

- Bilanz
- Gewinn- und Verlustrechnung
- Anhang

Bilanz

AKTIVSEITE

	T€	T€	T€	Vorjahr T€
A. Immaterielle Vermögensgegenstände				
I. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		9		13
B. Kapitalanlagen				
I. Sonstige Kapitalanlagen				
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		3.644		7.539
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		147.970		122.431
3. Sonstige Ausleihungen				
a) Namensschuldverschreibungen	71.504			72.889
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	40.600			45.600
		112.104		118.489
4. Einlagen bei Kreditinstituten		6.935		4.572
5. Andere Kapitalanlagen		1.717		0
		272.370		253.031
C. Forderungen				
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:				
1. Versicherungsnehmer		39		28
II. Sonstige Forderungen		316		715
		354		743

Bilanz

AKTIVSEITE

	T€	T€	T€	Vorjahr T€
D. Sonstige Vermögensgegenstände				
I. Sachanlagen und Vorräte		115		130
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand		450		1.934
III. Andere Vermögensgegenstände		19.456		16.251
			20.021	18.315
E. Rechnungsabgrenzungsposten				
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten		5.063		4.751
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten		62		37
			5.125	4.788
Summe der Aktiva			297.880	276.890

Ich bescheinige hiermit entsprechend § 73 VAG, dass die im Vermögensverzeichnis aufgeführten Vermögensanlagen den gesetzlichen und aufsichtsbehördlichen Anforderungen gemäß angelegt und vorschriftsmäßig sichergestellt sind.

Mannheim, den 21.03.2016

Der Treuhänder
Eberwein

Bilanz

PASSIVSEITE

	T€	T€	T€	T€	Vorjahr T€
A. Eigenkapital					
I. Gewinnrücklagen					
1. Verlustrücklage gemäß § 37 VAG			4.600		4.200
2. Andere Gewinnrücklagen			7.900		6.800
				12.500	11.000
B. Versicherungstechnische Rückstellungen					
I. Deckungsrückstellung					
1. Bruttobetrag		254.779			234.040
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft		0			0
			254.779		234.040
II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle					
1. Bruttobetrag		7.500			7.600
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft		0			0
			7.500		7.600
III. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung					
1. erfolgsabhängige					
a) Bruttobetrag	20.023				21.283
b) davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0				0
		20.023			21.283
2. erfolgsunabhängige					
a) Bruttobetrag	751				1.102
b) davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0				0
		751			1.102
			20.773		22.385
IV. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen					
1. Bruttobetrag		5			6
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft		0			0
			5		6
				283.057	264.032

Bilanz

PASSIVSEITE

	T€	T€	T€	T€	Vorjahr T€
C. Andere Rückstellungen					
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			0		0
II. Steuerrückstellungen			178		0
III. Sonstige Rückstellungen			418		380
				596	380
D. Andere Verbindlichkeiten					
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber					
1. Versicherungsnehmern			227		272
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft			15		12
III. Sonstige Verbindlichkeiten			1.253		1.020
davon:					
aus Steuern T€25 (Vj. T€21)					
				1.496	1.303
E. Rechnungsabgrenzungsposten				160	174
F. Passive latente Steuern				71	0
Summe der Passiva				297.880	276.890

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter dem Posten B.I. der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung unter Beachtung von § 341f HGB sowie nach § 12 Abs. 3 Nr. 1 VAG berechnet worden ist.

Mannheim, den 21.03.2016

Die Verantwortliche Aktuarin
Rodrig, Dipl.-Wirtschaftsmathematikerin

Gewinn- und Verlustrechnung

	T€	T€	T€	Vorjahr T€
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung				
a) Gebuchte Bruttobeiträge		49.607		46.654
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge		63		60
			49.543	46.595
2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung			7.828	3.179
3. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus anderen Kapitalanlagen				
aa) Erträge aus anderen Kapitalanlagen		10.308		9.480
b) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		418		217
			10.726	9.697
4. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung			11	5
5. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	34.670			33.890
bb) Anteil der Rückversicherer	0			0
		34.670		33.890
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	-100			-600
bb) Anteil der Rückversicherer	0			0
		-100		-600
			34.570	33.290
6. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen				
a) Deckungsrückstellung				
aa) Bruttobetrag	20.739			16.526
bb) Anteil der Rückversicherer	0			0
		20.739		16.526
b) Sonstige versicherungstechnische Netto-Rückstellungen		-1		0
			20.738	16.527
7. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung für eigene Rechnung				
a) erfolgsabhängige		6.033		4.486
b) erfolgsunabhängige		183		147
			6.216	4.633

Gewinn- und Verlustrechnung

	T€	T€	T€	Vorjahr T€
8. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung				
a) Abschlussaufwendungen	706			684
b) Verwaltungsaufwendungen	1.768			1.675
		2.474		2.359
c) davon ab: erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		0		0
			2.474	2.359
9. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zins- aufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		228		108
b) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		565		0
			792	108
10. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung			148	97
11. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung			3.171	2.461
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung				
1. Sonstige Erträge		30		25
2. Sonstige Aufwendungen		980		986
			-950	-961
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			2.220	1.501
4. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			720	501
5. Jahresüberschuss			1.500	1.000
6. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in die Verlustrücklage gemäß § 37 VAG		400		300
b) in andere Gewinnrücklagen		1.100		700
			1.500	1.000
7. Bilanzgewinn			0	0

Anhang – Angaben zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Maßgebende Rechnungslegungsvorschriften

Der Jahresabschluss wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB), des Versicherungsaufsichtsgesetzes in der bis zum 31.12.2015 gültigen Fassung (VAG) und der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) aufgestellt.

Immaterielle Vermögensgegenstände

Die entgeltlich erworbenen immateriellen Vermögensgegenstände wurden zu Anschaffungskosten nach Abzug linearer Abschreibungen bewertet.

Kapitalanlagen

Die ausgewiesenen Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und Inhaberschuldverschreibungen wurden gemäß § 341b Abs. 2 Satz 1 2. Halbsatz i.V.m. § 253 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 Satz 3 HGB (gemildertes Niederstwertprinzip) dem Anlagevermögen zugeordnet. Die Bewertung erfolgte grundsätzlich mit den fortgeführten Anschaffungskosten, es sei denn, voraussichtlich dauernde Wertminderungen erforderten entsprechende Abschreibungen. Das Wertaufholungsgebot gemäß § 253 Abs. 5 HGB wurde beachtet.

Die Bewertung der Namensschuldverschreibungen erfolgte zum Nennwert abzüglich Tilgungen. Die bei Auszahlung von Namensschuldverschreibungen sich ergebenden Disagio- bzw. Agio-beträge wurden passiv bzw. aktiv abgegrenzt und zeitanteilig verteilt. Die Bewertung der Namensschuldverschreibungen und Inhaberschuldverschreibungen ohne laufende Zinszahlung (Zeros) erfolgte mit den Anschaffungskosten zuzüglich der anteilig auf das jeweilige Geschäftsjahr entfallenden Zinsansprüche (Aufzinsung). Bei Schuldscheinforderungen und Darlehen wurden die Anschaffungskosten zuzüglich oder abzüglich der kumulierten Amortisation der Differenz zwischen den Anschaffungskosten und dem Rückzahlungsbetrag unter Anwendung der Effektivzinsmethode angesetzt.

Die Bewertung der Namensschuldverschreibungen sowie Schuldscheinforderungen und Darlehen erfolgte unter Berücksichtigung der in 2009 veröffentlichten Verlautbarung der BaFin und des Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW). Wertberichtigungen waren im Geschäftsjahr nicht erforderlich.

Die Einlagen bei Kreditinstituten wurden mit dem Nominalbetrag angesetzt.

Die Bewertung der anderen Kapitalanlagen erfolgte zu den Anschaffungskosten, sofern keine Abschreibungen aufgrund voraussichtlich dauernder Wertminderung vorzunehmen waren. Das Wertaufholungsgebot des § 253 Abs. 5 HGB wurde beachtet.

Forderungen

Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft und Sonstige Forderungen wurden mit den Anschaffungskosten bewertet. Erforderliche Wertberichtigungen wurden vorgenommen. Sämtliche als uneinbringlich erkannten Forderungen wurden abgeschrieben.

Anhang – Angaben zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Sonstige Vermögensgegenstände

Bei den Sachanlagen erfolgte die Abschreibung linear über die voraussichtliche betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer. Die im Geschäftsjahr zugegangenen geringwertigen Wirtschaftsgüter wurden in voller Höhe abgeschrieben. In den Jahren 2013 und früher wurden geringwertigen Wirtschaftsgüter, deren Anschaffungs- oder Herstellungskosten € 150,00 (netto) nicht überstiegen, gemäß § 6 Abs. 2a EStG im Geschäftsjahr in voller Höhe abgeschrieben, während bewegliche abnutzbare Wirtschaftsgüter mit Anschaffungs- oder Herstellungskosten von mehr als € 150,00 bis zu € 1.000,00 (netto) in einen jahrgangsbezogenen Sammelposten eingestellt wurden und über fünf Jahre linear abgeschrieben werden.

Laufende Guthaben bei Kreditinstituten und der Kassenbestand wurden mit den Nominalbeträgen angesetzt.

Andere Vermögensgegenstände wurden mit den Anschaffungskosten (Auszahlungen an Versicherungsnehmer bzw. erfüllungshalber an Dritte geleistete Zahlungen) bewertet. Zur Berücksichtigung der zeitverzögerten Realisation wurde eine Pauschalwertberichtigung für die entgangene Verzinsung gebildet.

Rechnungsabgrenzungsposten

Abgegrenzte Zinsen, die auf das Geschäftsjahr entfallen, aber noch nicht fällig sind, werden zeitanteilig mit dem Nominalwert bewertet. Sonstige aktive Rechnungsabgrenzungsposten werden mit den Nominalbeträgen angesetzt.

Versicherungstechnische Rückstellungen

Innerhalb der Deckungsrückstellung wurde die kalkulatorische Alterungsrückstellung nach der prospektiven Methode als Barwert der künftigen Versicherungsleistungen, vermindert um den Barwert der künftigen Rückstellungsbeiträge, nach Maßgabe der technischen Berechnungsgrundlagen ermittelt. Darüber hinaus umfasst die Deckungsrückstellung Zuschreibungen gemäß § 12a Abs. 2 und § 12a Abs. 4a VAG, die dem Aufbau einer Anwartschaft auf Beitragsermäßigung im Alter dienen. Dieser Anteil wurde nach der retrospektiven Methode ermittelt.

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle wurde in Übereinstimmung mit der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) gebildet. Sie beinhaltet auch die Schadenregulierungsaufwendungen. Diese wurden in Anlehnung an den Erlass des Bundesministeriums der Finanzen vom 02.02.1973 pauschal ermittelt auf der Grundlage des Verhältnissatzes von Schadenregulierungsaufwendungen zu Schadenaufwendungen des Geschäftsjahres.

Die Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung wurde gemäß der Satzung gebildet.

Die Rückstellung für erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung wurde aufgrund der Bestimmungen des § 12a Abs. 3 VAG ermittelt.

Unter den sonstigen versicherungstechnischen Rückstellungen wird die Stornorückstellung ausgewiesen. Sie wurde auf Basis eines modifizierten Berechnungsverfahrens einheitlich mit

Anhang – Angaben zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

7,5% (Vorjahr 7,0%) der Summe der negativen Anteile der Alterungs- und Sterbegeldrückstellungen in Ansatz gebracht.

Andere Rückstellungen

Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen bestehen lediglich aus Gehaltsumwandlung. Sie wurden mit dem Zeitwert der Rückdeckungsversicherungen gemäß § 253 Abs. 1 Satz 3 HGB bewertet und mit dem Aktivwert dieser Vermögensgegenstände gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB verrechnet, da diese durch die Abtretung der Versicherungsleistungen an die Mitarbeiter dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind.

Alle anderen Rückstellungen wurden gemäß § 253 Abs. 1 HGB mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt und bei Laufzeiten von mehr als einem Jahr gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit dem der Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre abgezinst.

Andere Verbindlichkeiten

Die anderen Verbindlichkeiten wurden mit den Erfüllungsbeträgen angesetzt.

Passive latente Steuern

Zum 31.12.2015 errechneten sich künftige Steuerentlastungen saldiert aus abweichenden Wertansätzen im Wesentlichen bei den Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen und bei den sonstigen Rückstellungen in Höhe von T€71. Der Berechnung lag ein Steuersatz von 31,93% zugrunde.

Währungsumrechnungen

Für das in fremder Währung abgeschlossene Versicherungsgeschäft werden die Aktiva und Passiva sowie die Erträge und Aufwendungen in der jeweiligen ausländischen Währung geführt. Zur Erstellung des Jahresabschlusses wurden diese Posten gemäß § 256a HGB zum Devisenkassamittelkurs des Bilanzstichtages in Euro umgerechnet.

Anhang – Angaben zur Bilanz

AKTIVA - ENTWICKLUNG DER AKTIVPOSTEN A. UND B. IM GESCHÄFTSJAHR 2015

	Bilanzwerte Vorjahr	Zugänge	Um- buchungen	Abgänge	Zuschrei- bungen 1)	Abschrei- bungen	Bilanzwerte Geschäfts- jahr
	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
A. Immaterielle Vermögensgegenstände							
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	13	0	0	0	0	3	9
2. Summe A.	13	0	0	0	0	3	9
B. Kapitalanlagen							
I. Sonstige Kapitalanlagen							
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	7.539	0	0	3.894	0	0	3.644
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	122.431	28.412	0	2.977	104	0	147.970
3. Sonstige Ausleihungen							
a) Namensschuldverschreibungen	72.889	0	0	1.522	137	0	71.504
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	45.600	0	0	5.000	0	0	40.600
4. Einlagen bei Kreditinstituten	4.572	2.362	0	0	0	0	6.935
5. Andere Kapitalanlagen	0	1.872	0	154	0	0	1.717
6. Summe B.I.	253.031	32.646	0	13.548	240	0	272.370
Insgesamt	253.044	32.646	0	13.548	240	3	272.379

¹⁾ davon Zerozinszuschreibungen von T€ 240

Anhang – Angaben zur Bilanz

Aktiva

Zu B. Kapitalanlagen

I. 1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Der gesamte unter dieser Bilanzposition ausgewiesene Wertpapierbestand in Höhe von T€ 3.644 (Vorjahr T€ 7.539) wurde dem Anlagevermögen zugeordnet. Es handelt sich um einen Spezialfonds, bei dem am Bilanzstichtag der Zeitwert über dem entsprechenden Buchwert lag.

I. 2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Der Gesamtbestand in Höhe von T€ 147.970 (Vorjahr T€ 122.431) wurde dem Anlagevermögen zugeordnet. Ein Verkauf der Wertpapiere vor deren planmäßiger Tilgung ist nicht beabsichtigt. Da auf Grund der Kreditqualität der hiervon betroffenen Wertpapiere von einer Rückzahlung zum Nennwert auszugehen ist, werden die Kursrückgänge als voraussichtlich nicht dauernd angesehen. Hierbei standen Inhaberschuldverschreibungen mit Buchwerten in Höhe von T€ 12.466 Zeitwerte von T€ 11.737 gegenüber. Durch die Zuordnung zum Anlagevermögen wurden Abschreibungen in Höhe von T€ 730 vermieden.

I. 6. Andere Kapitalanlagen

In den anderen Kapitalanlagen werden Anteile an in- und ausländischen Private Equity-Gesellschaften (Private Equity-Dachfonds, Immobilien-Dachfonds) mit T€ 1.717 (Vorjahr kein Bestand) ausgewiesen. In diesem Posten sind auch Anteile an Private Equity Gesellschaften enthalten, deren Zeitwert mit T€ 27 unter dem Buchwert lag. Der Verein geht davon aus, dass die verbliebenen stillen Lasten nicht dauerhaft sind. Deshalb waren hier keine außerplanmäßigen Abschreibungen vorzunehmen.

Im Geschäftsjahr wurden keine Geschäfte in freistehenden derivativen Finanzinstrumenten getätigt.

Anhang – Angaben zur Bilanz

Zeitwerte der Kapitalanlagen				
	Buchwert	Zeitwert	Buchwert	Zeitwert
	2015	2015	2014	2014
	T€	T€	T€	T€
B. I. Sonstige Kapitalanlagen				
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	3.644	3.674	7.539	7.343
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	147.970	175.849	122.431	154.683
3. Sonstige Ausleihungen				
a) Namensschuldverschreibungen	71.504	87.591	72.889	92.286
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	40.600	49.763	45.600	53.238
4. Einlagen bei Kreditinstituten	6.935	6.935	4.572	4.572
5. Andere Kapitalanlagen	1.717	1.700	0	0
6. Summe B.I.	272.370	325.511	253.031	312.123
B. Kapitalanlagen	272.370	325.511	253.031	312.123
davon zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert	203.370	241.170	184.031	224.782
davon zum Nennwert bilanziert	69.000	84.341	69.000	87.341
davon Finanzinstrumente wie Anlagevermögen bewertet (§ 285 Nr. 18 HGB)	196.435	234.235	179.459	220.209
davon mit stillen Lasten	12.579	11.822	7.539	7.343

Zeitwerte der Kapitalanlagen

Bei Aktien, anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Inhaberschuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren, die an einer Börse notieren, wurden die Zeitwerte mit dem Jahresultimo-Börsenkurs angesetzt.

Die Zeitwerte der Anteile oder Aktien an Investmentvermögen entsprechen den offiziellen Rücknahmepreisen der Kapitalanlagegesellschaften.

Die Zeitwerte der sonstigen Ausleihungen wurden mittels der Discounted-Cash-Flow-Methode ermittelt. Als Grundlage der Bewertung dienten laufzeitkongruente Swapzinsätze unter Berücksichtigung von Risikoaufschlägen in Abhängigkeit der Bonität der jeweiligen Schuldner.

Die anderen Kapitalanlagen, für die kein aktiver Markt besteht, wurden mit dem Substanzwert (Net Asset Value) angesetzt.

Anhang – Angaben zur Bilanz

Zu D. Sonstige Vermögensgegenstände

III. Andere Vermögensgegenstände

Der Ausweis betrifft Vorauszahlungen an Versicherungsnehmer bzw. erfüllungshalber an Dritte geleistete Zahlungen für Versicherungsnehmer. Die Rückzahlung der Vorauszahlung erfolgt durch den abgetretenen Zahlungsanspruch auf Beihilfeleistungen nach den beamtenrechtlichen Vorschriften.

Nach der Art der Auszahlung bzw. den Zahlungsempfängern gliedert sich der Bilanzposten wie folgt:

Andere Vermögensgegenstände		
	2015	2014
	T€	T€
Beihilfeforderungen	18.054	12.861
Forderungen an Abrechnungsstellen	1.703	3.690
	19.756	16.551
Pauschalwertberichtigung auf sonstige Beihilfeträger	-300	-300
	19.456	16.251

Zu E. Rechnungsabgrenzungsposten

II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten

Der Posten betrifft mit T€ 15 Agien auf Namensschuldverschreibungen.

Anhang – Angaben zur Bilanz

PASSIVA

Zu A. Eigenkapital

Gewinnrücklagen			
		2015	2014
		T€	T€
1.	Verlustrücklage gemäß § 37 VAG		
	Stand am 01.01.	4.200	3.900
	Einstellung aus dem Jahresüberschuss	400	300
	Stand am 31.12.	4.600	4.200
2.	Andere Gewinnrücklagen		
	Stand am 01.01.	6.800	6.100
	Einstellung aus dem Jahresüberschuss	1.100	700
	Stand am 31.12.	7.900	6.800
	Stand am 31.12.	12.500	11.000

Zu B. Versicherungstechnische Rückstellungen

Versicherungstechnische Brutto-Rückstellungen		
	2015	2014
	T€	T€
Versicherungstechnische Brutto-Rückstellungen	283.057	264.032
davon		
- Brutto-Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	7.500	7.600

Bei der Bewertung der Teilrückstellung für Versicherungsleistungen wurden Regressforderungen in Höhe von T€758 (Vorjahr T€700) verrechnet.

In der Dotierung der Deckungsrückstellung ist ein Betrag von T€5 (Vorjahr T€8) für Übertragungswerte aus den zum 31.12.2015 abgehenden Verträgen enthalten.

Anhang – Angaben zur Bilanz

III. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung

Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung						
		Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung		Rückstellung für erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung		
		Gesamt	davon Poolrelevante RfB aus der PPV	Poolrelevante RfB aus der PPV	Beitrag gemäß § 12a Abs. 3 VAG	Sonstiges
		(a)	(b)	(c)	(d)	(e)
		T€	T€	T€	T€	T€
1.	Bilanzwerte Vorjahr	21.283	0	0	1.102	0
2.	Entnahme zur Verrechnung	7.294	0	0	534	0
3.	Zuführung	6.033	0	0	183	0
4.	Bilanzwerte Geschäftsjahr	20.023	0	0	751	0
5.	Gesamter Betrag des Geschäftsjahres nach § 12a VAG:	1.062				

Anhang – Angaben zur Bilanz

Zu C. Andere Rückstellungen

I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		
	2015	2014
	T€	T€
Erfüllungsbetrag aus Zusagen aus Gehaltsumwandlung	8	5
	8	5
Erhöhung der Pensionsverpflichtung aus Gehaltsumwandlung zu Verrechnung	3	1
	11	6
davon mit Aktivwerten der verpfändeten Rückdeckungsversicherungen verrechenbar	11	6
	0	1

Zu E. Rechnungsabgrenzungsposten

Die Position enthält ausschließlich Disagien auf Namensschuldverschreibungen.

Anhang – Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

Zu I. Versicherungstechnische Rechnung

Zu 1. a) Gebuchte Bruttobeiträge

Gebuchte Bruttobeiträge			
		2015	2014
		T€	T€
aa)	Gebuchte Bruttobeiträge aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft, untergliedert nach:		
	- Einzelversicherungen	49.607	46.654
	- Gruppenversicherungen	0	0
		49.607	46.654
bb)	Gebuchte Bruttobeiträge aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft, untergliedert nach:		
	- Laufenden Beiträgen	49.607	46.654
	- Einmalbeiträgen	0	0
		49.607	46.654
cc)	Gebuchte Bruttobeiträge aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft, untergliedert nach:		
	- Krankheitskostenvollversicherungen	49.607	46.654

In den gebuchten Bruttobeiträgen sind T€ 3.273 (Vorjahr T€ 3.112) gesetzlicher Zuschlag gemäß § 12 Abs. 4a VAG enthalten.

Anhang – Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

In der Krankheitskostenvollversicherung sind am 31.12.2015 28.080 (Vorjahr 28.409) natürliche Personen versichert. Diese verteilen sich wie folgt:

Zahl der versicherten natürlichen Personen		
	2015 Anzahl	2014 Anzahl
a) Beamten und Beamtenanwärter	17.239	17.204
b) Angehörige (inkl. Kinder)	5.963	6.162
c) Anwartschaften	4.878	5.043

Anhang – Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

Zu 2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung

Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung		
	2015	2014
	T€	T€
a) Erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung		
- Krankheitskostenvollversicherungen	7.294	2.927
b) Erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung		
- Krankheitskostenvollversicherungen	534	253
	7.828	3.179

Zu 5. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung (einschließlich Schadenregulierungsaufwendungen)

Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung		
	2015	2014
	T€	T€
Aufwendungen für Geschäftsjahresschäden		
a) Gezahlt	27.319	26.058
b) Zurückgestellt	7.500	7.600
Ergebnis aus der Abwicklung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle des Vorjahres (+ = Gewinn / - = Verlust)	249	368
	34.570	33.290

Rückversicherungssaldo

Der Saldo des in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäfts gemäß § 51 Abs. 4 Nr. 4b RechVersV betrug T€ -63 (Vorjahr T€ -60).

Anhang – Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

Zu II. Nichtversicherungstechnische Rechnung

Zu 2. Sonstige Aufwendungen

Sonstige Aufwendungen		
	2015	2014
	T€	T€
a) Beihilfeabwicklungskosten	720	692
b) Aufwendungen, die das Unternehmen als Ganzes betreffen	254	288
c) Sonstige Abschreibungen	6	4
d) Sonstige Zinsaufwendungen	0	1
e) Übrige nicht versicherungstechnische Aufwendungen	0	1
	980	986

Angabe der verrechneten Erträge/Aufwendungen

Rückgedeckte Pensionszusagen		
	2015	2014
	T€	T€
Zu-/Abschreibungen auf die Rückdeckungsversicherungen	5	6
Beiträge zu Rückdeckungsversicherungen	5	6
Aufwand aus korrespondierenden Zusagen gegen Gehaltsumwandlung	3	4
Nach Verrechnung mit dem Nettoergebnis verbleibender Ertrag/Aufwand	3	5

Zinsen aus der Ab- und Aufzinsung

Das Jahresergebnis wurde durch die Aufzinsung in Höhe von T€ 0,4 aus langfristigen Rückstellungen beeinflusst, während durch die Abzinsung keine Ergebniseffekte zu verzeichnen waren.

Anhang – Persönliche Aufwendungen

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personal-Aufwendungen			
		2015	2014
		T€	T€
1.	Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	151	232
2.	Löhne und Gehälter	1.551	1.422
3.	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	333	314
4.	Aufwendungen für Altersversorgung	23	18
5.	Aufwendungen insgesamt	2.058	1.986

Anzahl Mitarbeiter

Die Anzahl der im Angestelltenverhältnis beschäftigten Mitarbeiter betrug im Geschäftsjahr durchschnittlich 30 Personen (Vorjahr 30). Diese sind ausschließlich im Innendienst beschäftigt.

Bezüge der Organe

Die Gesamtbezüge des Vorstandes betrugen T€ 18 (Vorjahr T€ 18). An frühere Mitglieder des Vorstandes wurden T€ 0 (Vorjahr T€ 0) gezahlt.

Die Aufsichtsratsvergütungen betrugen T€ 50 (Vorjahr T€ 66).

Honorar des Abschlussprüfers

(inklusive Nebenkosten, ohne Umsatzsteuer)

Honorar des Abschlussprüfers			
		2015	2014
		T€	T€
1.	Abschlussprüferleistung	61	59
2.	Steuerberatungsleistungen	4	7

Anhang – Sonstige Angaben

Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die FAMK ist über die Mitgliedschaft im Verband der privaten Krankenversicherer mittelbar Mitglied des Sicherungsfonds für die Krankenversicherer. Der Sicherungsfonds erhebt von den Krankenversicherungsunternehmen im Sicherungsfall zur Erfüllung seiner Verpflichtungen aus übernommenen Krankenversicherungsverträgen Sonderbeiträge bis zu 2% der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen. Zum Bilanzstichtag ergab sich eine Eventualverbindlichkeit von T€ 566. Bisher erfolgte keine Inanspruchnahme.

Aus der Zeichnung von Anteilen der Private Equity Fonds bestehen zum 31.12.2015 Einzahlungsverpflichtungen von T€ 18.161.

Aus Vorkäufen bestanden am Bilanzstichtag keine Abnahmeverpflichtungen im Geschäftsjahr 2016. Die vor der Insolvenz eines Kontrahenten abgeschlossenen Vorkäufe werden nicht mehr ausgeübt.

In der Bilanz sind weder Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit von mehr als fünf Jahren, noch Verbindlichkeiten, die durch Pfandrechte oder ähnliche Rechte gesichert sind, enthalten. Aus der Bilanz nicht ersichtliche Haftungsverhältnisse und nennenswerte finanzielle Verpflichtungen bestehen nicht.

Angaben zu den Geschäften mit nahe stehenden Unternehmen und Personen

Zu den nahe stehenden Unternehmen zählen die INTER Kranken, die mit der FAMK einen Gleichordnungskonzern im Sinne des § 18 Abs. 2 AktG bildet, sowie die mit der INTER Kranken verbundenen Unternehmen.

Zu den nahe stehenden Personen gehören die Mitglieder des Aufsichtsrats, des Vorstands und die leitenden Angestellten der ersten Führungsebene unter dem Vorstand sowie die nahen Familienangehörigen.

Zwischen den nahe stehenden Unternehmen bestehen ein Organisationsgemeinschaftsvertrag und diverse Generalagentur-, Dienstleistungs- und Funktionsausgliederungsverträge, wobei ganz überwiegend die INTER Kranken Dienstleistungen für die Konzernunternehmen erbringt und in geringem Umfang erhält. Die Dienstleistungen werden überwiegend zu Selbstkosten einschließlich entsprechender Gemeinkostenzuschläge beziehungsweise zu vereinbarten marktüblichen Preisen oder im Wege der sachgerechten Kostenteilung abgerechnet.

Bei den Geschäftsbeziehungen zu nahe stehenden Personen handelt es sich im Wesentlichen um Versicherungsverträge. Hierbei erhalten nahe stehende Personen Versicherungsschutz zu für Mitarbeiter von Finanzdienstleistern geltenden Konditionen und Mitarbeiterkonditionen bei Bausparverträgen. Ansonsten erfolgen die Vertragsabschlüsse zu den üblichen Bedingungen. Zusammenfassend ergibt sich keine Berichterstattungspflicht im Sinne des § 285 Satz 1 Nr. 21 HGB über wesentliche Geschäfte zu marktunüblichen Bedingungen.

Verbände

Das Unternehmen ist u. a. Mitglied des Verband der privaten Krankenversicherung e.V., Köln.

Anhang – Mitglieder unserer Organe

Mitgliedervertretung	
Döring, Hans-Joachim	Polizeihauptkommissar a.D., Frankfurt am Main
Frank, Karl-Heinz	stv. Amtsleiter Branddirektor Frankfurt Ltd. BD, Alzenau
Hefner, Günter	Ministerialdirigent, Leiter Zentralabteilung, Heimbuchenthal
Koch, Michael	Kriminalhauptkommissar i.R., Niedernhausen
Küchler, Heinz	Brandamtsrat i.R., Frankfurt am Main
Meireis, Rolf	Leitender Ministerialrat a.D., Wiesbaden
Pogantke, Thomas	Brandamtman, Maintal
Prochnow, Klaus	Erster Polizeihauptkommissar a.D., Geisenheim
Weidlich, Horst	Polizeihauptkommissar a.D., Oberursel
Weinheimer, Andreas	Brandoberamtsrat, Bad Vilbel

Aufsichtsrat	
Frerichs, Peter	Polizeipräsident a.D., Frankfurt am Main, Vorsitzender des Aufsichtsrats
Thomas, Peter	vorm. Vorsitzender der Vorstände der INTER Versicherungen, Jesteburg, stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats
Burlon, Silvio	Direktor der hessischen Landesfeuerweherschule a.D., Kassel

Vorstand	
Kreibich, Matthias	Ludwigshafen
Schillinger, Michael	Mannheim

Anhang – Prokuristen, Verantwortlicher Aktuar, Abschlussprüfer und Treuhänder

Anhang – Prokuristen, Verantwortlicher Aktuar, Abschlussprüfer und Treuhänder	
Prokuristen	
Buchwald, Mark	Rodrig, Svenja
Ernst, Bernadette	Trapp, Manfred, seit 01.04.2015
Fischer, Klaus	Wolf, Joachim
Krämer, Johannes	
Verantwortliche Aktuarin	
Rodrig, Svenja	Dipl.-Wirtschaftsmathematikerin, Troisdorf
Abschlussprüfer	
Roever Broenner Susat Mazars GmbH & Co. KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft	Hamburg
Treuhänder für das Sicherungsvermögen	
Eberwein, Jürgen	Plankstadt

Frankfurt am Main, den 21.03.2016

Freie Arzt- und Medizinkasse
der Angehörigen der Berufsfeuerwehr und der Polizei VVaG
Der Vorstand

Kreibich

Schillinger

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der FREIE ARZT- UND MEDIZINKASSE der Angehörigen der Berufsfeuerwehr und der Polizei VVaG, Frankfurt am Main, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2015 bis 31. Dezember 2015 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter des Vereins. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Vereins sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet. Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Vereins. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Vereins und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Hamburg, den 4. April 2016

Roever Broenner Susat Mazars GmbH & Co. KG

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Steuerberatungsgesellschaft

Schärtl

Wirtschaftsprüfer

Förg

Wirtschaftsprüferin

Bericht des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat ließ sich im Jahr 2015 über die Geschäftsentwicklung, die Geschäftsführung und die finanzielle Situation des Unternehmens vom Vorstand umfassend schriftlich und mündlich berichten. Zudem wurden in regelmäßigen gemeinsamen Sitzungen alle wichtigen geschäftspolitischen Ereignisse eingehend besprochen und dabei vom Vorstand alle Fragen erschöpfend beantwortet.

Der Jahresabschluss und der Lagebericht 2015 wurden durch den vom Aufsichtsrat bestimmten Abschlussprüfer, Roever Broenner Susat Mazars GmbH & Co. KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft, Hamburg, geprüft. Es wurden keine Beanstandungen erhoben, sodass der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk erteilt wurde. Der Aufsichtsrat hat zu den Prüfungsergebnissen keine Bemerkungen zu machen.

Der Aufsichtsrat hat den ihm vorgelegten Jahresabschluss und den Lagebericht geprüft; er erhebt nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung keine Einwendungen und billigt den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss 2015, der damit festgestellt ist.

Frankfurt am Main, den 11.05.2016

Freie Arzt- und Medizinkasse

der Angehörigen der Berufsfeuerwehr und der Polizei VVaG

Der Aufsichtsrat

Frerichs

Vorsitzender